

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis pränumerando:
Bierteljährlich 2,80 RM., monatlich 1,10 RM.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inserions-Gebühr
Betragt für die sechsstelligen Nummern...

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 30. März 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Parteigenossen!

Die Mehrheit der Fraktion hat uns durch ihren Beschluß
alle Rechte, die uns als Fraktionsmitgliedern zustehen, entzogen.

Zu einer neuen Arbeitsgemeinschaft vereinigt, bleiben wir
Vertreter der Partei.

An die Parteigenossen richten wir die dringende Anforderung,
im Rahmen unseres Organisationsstatuts sich weiter zu betätigen...

Wir zweifeln nicht daran, daß, sobald die Parteigenossen
auf Grund freier Rede und Gegenseite ihr Urteil über die politischen Vorgänge...

Unser Auftreten schädigt nicht das Ansehen der Partei,
sondern hebt es im In- und Auslande. Unser Auftreten wirkt nicht spaltend...

Nicht wir, sondern Angehörige der Mehrheit haben am 24. März
„lärmende Aktionen“ unter stürmischem Beifall der Gegner veranstaltet.

Jetzt gilt es zu arbeiten, das Proletariat stark zu machen
für die schweren Kämpfe, die ihm bevorstehen.

Parteigenossen! Steht fest zu den Grundsätzen,
auf die wir stets mit Recht stolz gewesen sind.

Die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft.

Der Zwang zum Welthandel.

Unter den Neuererscheinungen des Büchermarktes ragt eine
Publikation hervor, deren Verfasser der Kieler Professor Bernhard Harms...

Es liegt in dem Zweck seines neuen Buches begründet,
daß Harms in ihm zu der Frage der Gestaltung der weltwirtschaftlichen Beziehungen...

Mit Vorliebe wird seit den Augusttagen des Jahres 1914
die Auffassung vertreten, daß die sogenannte Weltwirtschaft der Vergangenheit angehört...

*) Professor Dr. Bernhard Harms, „Deutschlands Anteil an
Welthandel und Weltseefahrt“, Stuttgart, Berlin, Leipzig 1916,
Antik Deutsche Verlagsgesellschaft. Preis 2,80 M.

Und er fügt hinzu (S. 205): „Das deutsche Wirtschaftsleben wird nach dem Krieg in derselben Weise, vielleicht sogar noch mehr, auf den Weltmarkt angewiesen sein, als es vor dem Kriege schon der Fall war.“

Diese Ueberzeugung stützt sich auf das Ergebnis einer eingehenden Untersuchung der weltwirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands. Harms erbringt damit schlüssige Beweise für die zwingende Notwendigkeit weltwirtschaftlicher Beziehungen und besonders des Handelsverkehrs mit den Kriegsgegnern.

Im allgemeinen Bewußtsein stellt sich das Bild der weltwirtschaftlichen Beziehungen so dar: „Das alte Europa sendet in schnell wachsendem Umfange Industrieerzeugnisse in die wirtschaftlichen Neuländer und bezieht dafür Rohstoffe und Nahrungsmittel.“ Dies Bild ist in einer Beziehung richtig, in anderer Beziehung aber falsch und speziell in seiner Anwendung auf Deutschland. Die Handelsstatistik zeigt zwar, daß ganz überwiegend industrielle Rohstoffe und Nahrungs- und Genussmittel eingeführt werden. Dagegen ist in dem obigen Satze falsch die Auffassung, welche die weltwirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands ganz oder auch nur in der Hauptsache als ein einfaches Austauschgeschäft mit Agrar- und Rohstoffländern betrachtet. Die Wirklichkeit zeigt folgende Darstellung der geographischen Verteilung des deutschen Außenhandels. Von der deutschen Einfuhr kamen im Jahre 1913 aus den einzelnen Erdteilen und von der deutschen Ausfuhr gingen nach den verschiedenen Erdteilen:

Table with 3 columns: Region, Import (Einfuhr), Export (Ausfuhr). Rows: Europa, Afrika, Asien, Amerika, Australien.

Der deutsche Außenhandel ist also sowohl als Einfuhr, wie als Ausfuhrhandel in der Hauptsache Handel mit europäischen Staaten und zwar der Ausfuhrhandel in weit höherem Maße wie der Einfuhrhandel. Außerordentlich wichtig zur richtigen Bewertung dieser Tatsache ist die andere Tatsache, daß der Teil der deutschen Ausfuhr, der nach europäischen Ländern ging, von 1889 bis 1913 nur von 77,1 Proz. auf 76,1 Proz. „gesunken“, absolut aber von 2509,7 Millionen auf 7677,5 Millionen Mark gestiegen ist. Die Aussicht, sich von der Notwendigkeit der Ausfuhr nach den europäischen Ländern ganz oder teilweise zu befreien, ist also sehr gering. An diesem Ausfuhrhandel aber war 1913 England mit 14,2 Proz., Rußland mit 8,7 Proz., Frankreich mit 7,8 Proz., Belgien mit 5,5 Proz. und Italien mit 3,9 Proz. die Gesamtheit unserer europäischen Kriegsgegner (Serbien und Montenegro bleiben außer Betracht) also mit 40,1 Proz. beteiligt. Das ist die Grundtatsache, von der alle Ueberlegungen betreffend die Zukunft unseres Ausfuhrhandels ausgehen müssen!

Anderes liegen die Verhältnisse bezüglich der Einfuhr nach Deutschland. Der Anteil der außereuropäischen Erdteile an dieser Einfuhr, der 1913 schon 45,2 Proz. (4869 Mill. Mark) betrug, war 1889 erst 22,9 Proz. (743,5 Mill. Mark). Hier ist eine entschiedene Veränderung eingetreten, und die Entwicklungstendenz zeigt unzweifelhaft auch weiterhin in dieselbe Richtung.

Es ist Deutschland also nicht möglich gewesen, die Ausfuhr nach den außereuropäischen Ländern entsprechend seiner Einfuhr von dort zu steigern. Deutschland muß deshalb das, was es von Asien und Amerika bezieht, zum Teil mit dem bezahlten, was ihm Europa für seine Erzeugnisse bezahlt. Andererseits muß Deutschland einen großen Teil von dem, was es für den Inlandsbedarf und für die Ausfuhr nach europäischen Ländern an Rohstoffen gebraucht, aus Asien und Amerika beziehen. Deutschlands Wirtschaftsleben steht also in dem zwingenden Kreislauf des Veredelungsverkehrs, des Industrialismus, in den ausländische Rohstoffe eingehen, um als inländische Fertigwaren nachher zu erscheinen.

Dieser Veredelungsverkehr ist eine Tatsache — und diese Tatsache bildet die Grundlage unseres Wirtschaftslebens. Die Einfuhr von Rohstoffen und die Ausfuhr von Fertigfabrikaten ist also eine Lebensnotwendigkeit für Deutschlands Volkswirtschaft. Und so, wie sich die Verhältnisse nun einmal entwickelt haben, muß man hinzusetzen: Die Einfuhr von Rohstoffen aus außereuropäischen und die Ausfuhr von Fertigfabrikaten nach europäischen Ländern ist eine Lebensnotwendigkeit für Deutschlands Volkswirtschaft!

Das ist die Schlussfolgerung aus den sachlichen Darlegungen des Harmschen Buches. Sie wird auch von Harms gezogen. Er weist darauf hin, daß man sich durch die „ungeahnte Konjunktur“ des Krieges über den Ernst der Lage nicht hinwegtäuschen lassen darf. Diese Konjunktur sei hervorgerufen durch eine Verschiebung in dem Verhältnis zwischen kriegswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher bzw. weltwirtschaftlicher Betätigung „zugunsten der ersteren“. Diese Verschiebung sei aber nur möglich gewesen dadurch, „daß im Hintergrunde die Milliarden der Kriegsanleihen stehen“. Jedoch:

„Es gilt die alte Wahrheit auch heute noch, daß diejenige Volkswirtschaft einen Krieg am leichtesten überwindet, die während des Krieges das normale Wirtschaftsleben am weitesten aufrecht erhalten konnte. Je länger und je intensiver eine Volkswirtschaft aus Staatsaufträgen lebt, um so schwerer wird sie in dem Augenblick getroffen, da diese wegfallen.“ (S. 206.)

Harms erwartet zwar eine Hochkonjunktur nach Beendigung des Krieges (durch „Neuauffüllung der Warenlager“, lebhaftere Bautätigkeit, weitere Aufträge der Heeresverwaltung und Neuanfassungen der Landwirtschaft), aber er hält es für verfehlt, „wenn angenommen würde, daß dadurch auch nur für kürzere Zeit die Industrie einen ihrer Gesamtleistungsfähigkeit ausfüllenden Wirkungsbereich erhalten könnte“.

„Davon kann gar keine Rede sein, sondern es muß unbedingt damit gerechnet werden, daß sich schon sehr bald die Exportinteressen auf das dringendste fühlbar machen. Dies um so mehr, als volkswirtschaftlich betrachtet, schon im Interesse unserer Zahlungsbilanz eine Ausfuhr zurück ist, um für die auch zur Deckung des hohen Inlandsbedarfs benötigten Rohmaterialien Gegenwerte zu schaffen, die nicht in Geld bestehen...“

„Wenige es nicht, den früheren Anteil am Welthandel in absehbarer Zeit zurückzuerobieren, so wäre, nach anfänglicher Konjunktur, mit Bestimmtheit ein schwerer krisenhafter Zustand des deutschen Wirtschaftslebens zu erwarten.“ (S. 208, 209.)

Harms meint nun (S. 209): „Man darf sich nun aber keinem Zweifel darüber hingeben, daß künftig bei der Bearbeitung des Weltmarktes auf weiten Gebieten mit erheblich größeren Schwierigkeiten gerechnet werden muß, als sie vor dem Kriege schon bestanden.“ „Gewiß kann keine Rede davon sein, daß die Handelsbeziehungen zwischen den kriegsführenden Ländern etwa gar nicht wieder zu nennenswertem Umfange ausgebildet werden könnten. Es wird im Gegenteil damit gerechnet werden dürfen... daß sofort nach beendigtem Kriege die Fäden sich wieder aufspinnen und alsbald ein neues Netz von hin- und herlaufenden wirtschaftlichen Beziehungen entsteht.“ (S. 211.) „Aber es wird nach Lage der Dinge lange dauern, bis die vor dem Kriege vorhandene Intensität der Beziehungen wieder erreicht ist.“ Deshalb müssen wir „versuchen, unsere Ausfuhr in überseeische Gebiete entsprechend unserem von dorthin gestiegenen Bezuge zu vermehren, um so einen Ausgleich zu schaffen für das, was uns nach menschlichem Ermessen in etlichen der wichtigsten europäischen Länder zunächst verloren geht.“ (S. 212.)

Leider hat Harms unterlassen, aus der Erkenntnis der Notwendigkeit ausgebreiteter wirtschaftlicher Beziehungen zu unseren gegenwärtigen Kriegsgegnern politische Schlüsse zu ziehen. Wir müssen es uns aus bekannten Gründen versagen, unsererseits zu sagen, welche politischen Notwendigkeiten in bezug auf die Kriegsführung und den Friedensschluß die bezeichnete wirtschaftliche Notwendigkeit zur Folge hat.

Zum Schluß befaßt sich Harms noch mit dem Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn und zur Türkei. Er warnt davor, „eine so schwerwiegende Frage bloß gefühlsmäßig zu betrachten, wie es heute nicht selten geschieht“. Und seinerseits stellt Harms dann fest (S. 213):

„Einer vollständigen Zollunion stehen die österreichisch-ungarischen Industrieinteressen entgegen; eine bloße zollpolitische Vorzugsbehandlung aber bietet der deutschen Ausfuhrindustrie keinen Ersatz für Verluste in anderen europäischen Ländern, weil Deutschland den weitaus größten Teil der in Oesterreich-Ungarn aus dem Auslande bezogenen Industrieerzeugnisse sowieso schon liefert! Nehmen wir an, daß, was unwahrscheinlich ist, die Kaufkraft Oesterreich-Ungarns nach dem Kriege die frühere Stärke wieder erhält, so würden unter Berücksichtigung der Einfuhr, die aus zwingenden Gründen auch künftig aus dem nächstbesten Ausland nach Oesterreich-Ungarn gelangen muß, für etwa 200 Millionen Mark mehr deutscher Waren dortselbst exportiert werden können, als es bisher geschehen ist. Das ist für absehbarer Zeit die günstigste Rechnung, die aufgemacht werden kann. Es erhebt sich ohne weiteres, daß die deutsche Ausfuhrindustrie darin das Heil nicht erblicken darf.“

Ueber das Verhältnis zur Türkei hatte Harms sich (S. 129) schon vorher geäußert:

„Belanntlich gibt es in Deutschland gar viele Menschen, die der künftigen Entwicklung der deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen mit größter Hoffnung und Begeisterung entgegenblicken. In diesen Wein wird noch viel Wasser fließen, denn wer die Türkei kennt, weiß, daß deren wirtschaftliche Erziehung nur langsam und unter Ueberwindung großer Schwierigkeiten erfolgen kann.“

Zum Schluß bemerkt Harms hierzu noch (S. 214): „In der Kombination, die sich heute in der Form des einst von Friedrich List geprägten Schlagwortes von Helgoland bis Bagdad kundtut, werden „überwiegend zukunftsflüchtige“ angeschlagen, die zwar nicht unterschätzt werden dürfen, deren unmittelbare Bedeutung jedoch zu meist zu hoch bewertet wird.“ „Vor zu großen Hoffnungen auf alsbaldige bedeutsame Befruchtung des deutschen Außenhandels durch die Türkei kann deshalb nicht dringend genug gewarnt werden.“ — etc —

Der französische Tagesbericht.

Paris, 29. März. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag: Ostlich von der Maas war die Nacht ruhig, westlich der Maas in der Gegend von Malancourt sowie in der Westebene am Fuß der Maas Höhen ziemlich lebhaftes Geschützfeuer von beiden Seiten. In Lothringen machten wir im Walde von Parroy einen Handstreich auf ein feindliches Werk, dessen Besatzung teils getötet, teils gefangen wurde, und sprengten das Werk, als wir uns zurückzogen. Von der übrigen Front kein wesentlicher Vorgang zu melden.

Paris, 29. März. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Dienstagabend: In den Argonnen zeigt sich unsere Artillerie weiter tätig gegen die feindlichen Anlagen nördlich von La Houette, im Abschnitt von Lafontaine Charmes und Haute-Chevauée sowie in dem westlichen Teil der Argonnen. Das gegen eine feindliche Batterie im Walde von Montfaucon gerichtete Feuer verursachte eine Explosion. Westlich der Maas flammte die Beschützung mit Heftigkeit im Laufe des Tages gegen unsere Stellungen zwischen Avocourt und Béthincourt wieder auf. Gegen 8 Uhr nachmittag unternahm die Deutschen einen starken Angriff gegen unsere Front Haucourt—Malancourt. Die hintereinander folgenden Angriffswellen wurden sämtlich unter starken Verlusten durch unser Speerfeuer und unser Infanteriefeuer zurückgeschlagen. Ostlich der Maas besteht die Front unsere zweiten Linien. In der Westebene richtete unsere Artillerie umfassendes Feuer gegen die empfindlichen Stellungen der feindlichen Front. In den Vogesen ziemlich lebhafter Artilleriekampf in den Gegenden von Stohweier und Mühlbach sowie am Hartmannsweilerkopf.

Belgischer Bericht. Nichts Besonderes an der Front der belgischen Armee.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 29. März. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Dienstag.

Westfront: Im Abschnitt von Riga Artillerie- und Gewehrfeuer. Unsere Artillerie erzielte gute Treffer in den feindlichen Gräben und Batterien westlich Olai und vor dem Brückenkopf Režkū. Im Abschnitt von Jakobstadt griffen die Deutschen nach heftiger Artillerievorbereitung in der Gegend des Dorfes Warfung (13 Kilometer südlich Jakobstadt) an, wurden aber zurückgeschlagen. In der Gegend nordwestlich Postamy setzt der Feind heftigen Widerstand entgegen und macht an einzelnen Stellen wühlende Gegenangriffe. Am Rarocj-See besetzte der Feind den Wald südlich des Dorfes Rofogoc; wir warfen die Deutschen im Gegenangriff aus dem nördlichen Teil des Waldes hinaus, wobei wir zwei Maschinengewehre erbeuteten und Gefangene machten, die vier verschiedenen Regimentern angehörten. In der Gegend der Molinoschlucht sowie in den Abschnitten nördlich und südlich davon dauern die Gefechte an.

Galizien: Nördlich Wozan liegen wir 18 Meilen zugleich springen. Darauf überließ unsere Infanterie im Sturmangriff zwei Grabenreihen des Gegners. Die überlebenden Verteidiger der gesprengten Werke wurden durch Handgranaten und im Nahkampf niedergemacht. Wir brachten an Gefangenen einen Kadetten und 125 Soldaten ein und erbeuteten 2 Maschinengewehre, einen Minen- und einen Bombenwerfer so wie einen Scheinwerfer, eine große Menge Handfeuerwaffen und 5 Geschütze. Diese mußten jedoch nach dem Kampfe völlig unbrauchbar gemacht werden, da sie nicht zurückgebracht werden konnten. Trotzdem die Witterung auf der ganzen Front sehr ungünstig ist und die Geländebedingungen außerordentlich schwierig sind, führen unsere opferfreudigen Truppen jeder ihrer Aufträge durch, die ihnen befohlen werden.

Schwarzes Meer: Unsere Torpedoboote versenkten zehn Segelschiffe an der anatolischen Küste, zerstörten zwei Brücken und schossen ein Munitionslager in Brand.

Kaukasus: In der Küstengegend bezwangen unsere Truppen den heftigen feindlichen Widerstand, sie warfen nach Artillerievorbereitung durch die Flotte die Türken aus ihren Stellungen in der Gegend des Baltaschitales und besetzten nach Kampf die Stadt Ossi an der Küste des Schwarzen Meeres (48 Kilometer östlich Trapezunt). Gegen Abend machten die Türken im ganzen Abschnitt an der Küste fortgesetzt Gegenangriffe, welche wir mit Erfolg zurückschlugen. Südöstlich Wilis (40 Kilometer) besetzten wir nach Kampf in der Nacht vom 24. 8. zum 25. 8. den Flecken Kifisan. Die Türken, welche den Ort verteidigten, flohen nach Süden.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 29. März. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Dienstag. Im oberen Teile des Viti mähtiges feindliches Artilleriefeuer gegen die von uns wiedereroberten Stellungen. Wirksame Schüsse unserer Artillerie trieben eine feindliche Kolonne zurück, die durch das Valentinalal gegen den kleinen Val aufstieg. Regen und Nebel behinderten auch gestern die Artillerietätigkeit im oberen Isonzogebiet. Immerhin zerstörten wir auf dem Wetzl feindliche Posten und erzielten einen Volltreffer in einem feindlichen Bombenwerfer. Im Jagoraabschnitt verschütteten unsere Minen Bombenwerfer einer feindlichen Schützengraben und trieben seine Besatzung in die Flucht. Ein harter und erbitterter Kampf auf den Höhen nordwestlich von Gërz, der etwa 40 Stunden lang gedauert hatte, endete heute morgen mit einem Erfolg unserer Waffen. Am 26. abends hatte der Feind nach starker Konzentrierung seines Artilleriefeuers gegen unsere Schützengräben vom Grafenberg, die schon vorher durch das Unwetter beschädigt worden waren, einen heftigen Angriff mit starken Kräften unternommen. Der hartnäckige Widerstand unserer Truppen hielt die anstürmenden feindlichen Massen auf, während im Zentrum ein Bataillon nach währenddem Handgemenge etwa 400 Meter zurückging, wobei es an dreißig Gefangene mit sich nahm. Gestern unterhielt die feindliche Artillerie während des ganzen Tages ein sehr heftiges Speerfeuer gegen die umstrittene Stellung. Abends schritt unsere Infanterie zum Gegenangriff. Nach wiederholten blutigen Anstrengungen, die von der Artillerie glänzend unterstützt wurden, säumte sie die verlorenen Schützengräben. 302 Gefangene, darunter 11 Offiziere, 2 Maschinengewehre, eine große Menge von Gewehren und Munition sowie reichliches Kriegsmaterial jeder Art fielen in unsere Hand. Ein vierter Flugzeug wurde gestern vom Feuer unserer Infanterie getroffen und bei Vittorio zum Landen gezwungen. Die beiden Flieger wurden gefangen genommen.

Cadorna.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 29. März. (W. Z. V.) Das Hauptquartier teilt mit: Unsere Küstenartillerie verhindert durch ihr Feuer einen Angriff von russischen Unterseebooten, die an der Küste gesichtet wurden, gegen den Hafen von Zongulbal. Die Unterseeboote verschwanden, sobald sie sich durch unser Flugzeug verfolgt sahen. Eins unserer Flugzeuge, das die Insel Imbros überflog, griff feindliche Transportschiffe in der Bucht von Kephalos sowie drei große Flug-

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 29. März 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von St. Eloi wurde den Engländern im Handgranatenkampf einer der von ihnen besetzten Sprengtrichter wieder entzogen. — Auf dem linken Maasufer säumten unsere Truppen mit geringen eigenen Verlusten die französischen, mehrere Linien tiefen Stellungen nördlich von Malancourt in einer Breite von etwa 2000 Meter und drangen auch in den Nordwestteil des Dorfes ein. Der Feind ließ 12 Offiziere, 486 Mann an unverwundeten Gefangenen, sowie ein Geschütz und vier Maschinengewehre in unserer Hand. Hierdurch wurde mit Sicherheit der Einsatz von zwei weiteren Divisionen in diesem Kampfraume festgestellt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Während die Russen ihre Angriffe in den nördlichen Abschnitten gestern nicht wiederholten, setzten sie südlich des Narocjsee Tag und Nacht ihre vergeblichen Anstrengungen fort. Siebenmal schlugen unsere Truppen, teilweise im Bajonettkampf, den Feind zurück.

Deutsche Flugzeuggeschwader warfen mit gutem Erfolge Bomben auf feindliche Bahnanlagen, besonders auf den Bahnhof Wolodczyno ab.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Nichtamtlich. Wien, 29. März. (W. Z. V.) Amtlich wird verlautbart, 29. März 1916:

Russischer Kriegsschauplatz.

Gestern war die Fliegerbetätigt auf beiden Seiten recht lebhaft. Mehrere feindliche Flugzeuge wurden durch Feuer und eigene Flieger zur Umkehr gezwungen. Ein von unserer Artillerie herabgeschossener russischer Doppeldecker flog südlich von Buczacz hinter der feindlichen Linie ab. Durch Fliegerbomben entstand bei uns keinerlei Schaden. Unsere Flieger haben einige Orte hinter der russischen Front ausgiebig und mit beobachtetem Erfolg beworfen.

Sonst keine Ereignisse von Wichtigkeit.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die lebhaftesten Geschützkämpfe am Görzer Bräntenkopf und im Abschnitte der Hochfläche von Dobersdo dauerten auch gestern bis in die Nacht hinein. Es erfolgten jedoch keine neuen Angriffe. Ostlich Selz drangen die Italiener in einige Gräben ein, die nun gesäubert werden.

Im Wälden-Abschnitte wiesen unsere Truppen wieder mehrere feindliche Vortöße ab.

Sonst ist die Lage unverändert. In mehreren Frontabschnitten arbeiten die Italiener an rückwärtigen Stellungen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:

von Oester. Feldmarschalleutnant.

zeugschuppen mit Bomben an. Das Flugzeug warf zwei Bomben auf die Transportdampfer und drei auf die Schuppen und verursachte einen Brand.

Keine wichtige Meldung von den übrigen Fronten.

Deutsche Erklärung über den U-Bootkrieg.

Haag, 28. März. (W. Z. V.) Wie die holländischen Zeitungen melden, hat die deutsche Regierung durch ihren Gesandten in Haag, dem Minister des Aeuheren erklären lassen, daß die Grundgesetze, welche die kaiserliche Regierung für die Führung des Unterseebootkrieges aufgestellt hat, und die seinerzeit den neutralen Regierungen mitgeteilt worden sind, keine Aenderung erfahren haben, namentlich haben die deutschen Seestreitkräfte nach wie vor strengsten Befehl, sich jedes Angriffs auf neutrale Schiffe zu enthalten, sofern diese nicht Widerstand leisten oder versuchen, sich durch die Flucht der Untersuchung zu entziehen.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 29. März. (W. Z. V.) Lloyd's melden: Der britische Dampfer „Eagle Point“, 5222 Tonnen, ist gesunken; die Besatzung ist gerettet.

Hervé über den U-Bootkrieg.

Bern, 28. März. (W. Z. V.) Hervé beschäftigt sich in der „Victoire“ mit dem beunruhigenden Wiederaufleben des deutschen U-Bootkrieges, indem er aus dem Leserkreis Einwendungen machen läßt wie: Es gibt also kein Mittel, sie zu hindern? Da räumen wir uns, die Herren des Meeres zu sein! Die Deutschen sind ebenso stark! — Gewiß, ein Volk, das doppelt so zahlreich wie das französische ist, das die erste Industrie der Welt besitzt, mit dem Geist von Organisation, Initiative und Kühnheit ersten Ranges, ist offenbar eine Macht, mit der man rechnen muß. Sie hindern, ist leichter gesagt als getan. Man fand noch kein wirksames Mittel gegen sie. Die Bewaffnung der Handelschiffe nützt nichts, weil die Unterseeboote fast unsichtbar sind, die Seepolizei ebenso wenig, denn der große Aktionsradius der Boote macht die Polizei ohnmächtig. Die Wahrheit ist, daß die Deutschen mit einer genügenden Zahl Boote und Mannschaften England sehr wohl blockieren können. Darum müssen die Alliierten unaufhörlich daran arbeiten, den Feind schnell zu vernichten und alle Mannschaften, die verfügbar sind, in England, Italien und Rußland ausheben, um Deutschland unter der Flut der Stürmenden schnellstens zu ersinken.

Wirkung des U-Bootkriegs.

Amsterdam, 29. März. (W. Z. V.) Ein hiesiges Blatt berichtet, daß der Passagierdienst zwischen Folkestone und Dieppe vorläufig eingestellt ist.

Englischer Zerstörer gesunken.

Omiden, 29. März. (W. Z. V.) Ein eingelaufener Fischdampfer berichtet, daß er am 27. März morgens 11 Uhr auf 55 Grad 30 Minuten nördlicher Breite und 6 Grad 18 Minuten östlicher Länge einen englischen Zerstörer mit drei Schornsteinen, der den Namen „III Medusa“ trug,

vor Anker auffand. Der Bug des Zerstörers war eingedrückt, auf Deck lagen viele Trümmer umher, das Hinterschiff, von dem die englische Flagge wehte, war im Versinken. Die drahtlose Einrichtung war in Ordnung. Der Zerstörer war ausgestattet mit vier Torpedorohren, von denen zwei unabhörschlossene Torpedos enthielten. Die Mannschaft hatte das Schiff verlassen.

Zum Untergang des „Greif“.

Amsterdam, 28. März. (W. Z. V.) Einem hiesigen Blatt zufolge erzählt die „Times“ aus sehr guter Quelle Einzelheiten über den Untergang des „Greif“. Es war ein großer, hoch aus dem Wasser ragender Dampfer, der die norwegische Flagge führte. Alles machte den Eindruck, daß man es mit einem neutralen Schiffe zu tun habe, wie man sie jetzt häufig zwischen den Schetland- und Garder-Inseln trifft. Die „Alcantara“ hielt das Schiff an, fragte es nach seinem Bestimmungshafen und erhielt die erwartete Antwort. Hierauf wurde ein Boot niedergelassen und ein Offizier zur Untersuchung des Dampfers ausgesandt. Während sich das Boot dem Dampfer näherte, offenbarte sich plötzlich der wirkliche Charakter des Fremdlings. Die Mastierung wurde abgenommen und die Kanonen eröffneten das Feuer. Obwohl die „Alcantara“ auf diese Weise überumpelt worden war, beantwortete sie das Feuer sofort. Nachdem die Deutschen ein Torpedo abgefeuert hatten, wurde die „Alcantara“ von einer Granate getroffen und ihres Feuers beraubt. Da tauchten ein anderer Hilfskreuzer und die „Andes“ auf und bemächtigten dem „Greif“ jede Möglichkeit, zu entkommen. Die Granaten legten über das Deck des deutschen Schiffes, so daß die Besatzung die Kanonen im Stich lassen mußte. Der „Greif“ feuerte seine Torpedos auf die „Andes“ ab, und als der dritte Hilfskreuzer erschien, war es mit dem deutschen Schiffe bereits zu Ende.

Protest eines amerikanischen Kapitäns gegen einen englischen Gewaltakt.

Amsterdam, 29. März. (W. Z. V.) Hier eingetroffene amerikanische Blätter melden, daß der Kapitän des amerikanischen Dampfers „China“ beim amerikanischen Konsul in Nagasaki Protest gegen das Vorgehen des britischen Hilfskreuzers „Laurentio“ einlegte, der die „China“ bei Shanghai anhielt und 28 Deutsche, 8 Österreicher und 2 Türken militärischen Alters von Bord holte. 20 Deutsche, zumeist Missionare, die aus Japan ausgewiesen wurden, haben sich in Nagasaki auf der „China“ eingeschifft.

Auf eine Mine geraten.

London, 29. März. (W. Z. V.) Das Reutersche Bureau meldet aus Harwich vom 27. März: Die Besatzung des dänischen Dampfers „Harriet“ (1872 Tonnen) ist heute nachmittag hier eingetroffen. Der Kapitän berichtet, daß der Dampfer auf eine Mine gelaufen sei. Das Schiff soll gesunken sein.

Verhaftung deutscher Schiffsmannschaften in Griechenland durch Engländer.

Bern, 29. März. (W. Z. V.) Nach einer Meldung des „Secolo“ aus Athen hat ein englisches Schiff in Patras eine Abteilung Marinesoldaten gelandet, welche die Kapitäne der deutschen und österreichisch-ungarischen Schiffe, die seit Kriegsausbruch demobilisiert im Hafen liegen, verhafteten. Die Kapitäne wurden auf ein englisches Schiff gebracht. Die Landungstruppen verhafteten auch einen deutschen Ingenieur festzunehmen, wurden aber vom Volke daran verhindert, worauf das Schiff abdampfte. Auch am Piräus wurden englische Truppen gelandet, die zwei griechische an englische Meeresküsten verkaufte Schiffe entführen wollten, worauf die Hafenbatterien auf beide Schiffe schossen und sie zur Rückkehr zwangen. Nach Gerüchten sollen die Engländer auch auf zwei deutschen Schiffen befindliche deutsche Ingenieure verhaftet haben. Die Franzosen landeten in Subatel auf Kreta durchsuchten ein Warenlager und beschlagnahmten Petroleum.

Beschlüsse der Entente-Konferenz.

Paris, 28. März. (W. Z. V.) Havasmeldung. Die Konferenz hat vor ihrem Auseinandergehen folgende Resolution einstimmig angenommen: Die am 27. und 28. März in Paris vereinten Vertreter der alliierten Regierungen stellen die vollständige Gemeinschaft der Ansichten der Alliierten und deren Solidarität fest. Sie bestätigen sämtliche Maßnahmen, die getroffen wurden, um die Einheitlichkeit der Front zu verwirklichen. Darunter verstehen sie zugleich Einheitlichkeit der militärischen Aktion, die durch die zwischen den Generalstäben getroffene Vereinbarung gesichert ist, die Einheitlichkeit der wirtschaftlichen Aktion, deren Organisation durch die Konferenz geregelt wurde und die Einheitlichkeit der diplomatischen Aktion, die durch ihren unerschütterlichen Willen, den Kampf bis zum Siege der gemeinsamen Sache fortzuführen, verbürgt wird. Die Regierungen der Alliierten beschließen, die Solidarität ihrer Ansichten und Interessen auf dem wirtschaftlichen Gebiete in die Praxis umzusetzen, und beauftragen die wirtschaftliche Konferenz, die demnächst in Paris stattfinden wird, ihnen die Maßnahmen vorzuschlagen, die geeignet sind, diese Solidarität zu verwirklichen, um die wirtschaftliche Aktion zu bekräftigen, zu koordinieren und einheitlich zu gestalten, die ausgeübt werden soll, um die Verproviantierung des Feindes zu verhindern. Die Konferenz hat beschlossen, in Paris ein ständiges Komitee einzurichten, in dem alle Alliierten vertreten sein werden. Die Konferenz beschließt: 1. die durch das Londoner Frachzentralbureau eingeleitete Aktion fortzuführen, 2. gemeinsam und so bald wie möglich die praktischen Mittel zu suchen, um eine gerechte Verteilung der aus den Transporten zur See entstehenden Lasten unter die alliierten Mächte zu erzielen und um eine weitere Erhöhung der Frachttarife zu verhindern.

Paris, 29. März. (W. Z. V.) Havasmeldung. Die Konferenz der Alliierten hielt am Dienstag nachmittag ihre Schlußsitzung ab. Briand dankte den Abgesandten der Mächte für ihre Zusammenarbeit. Die Versammlung schloß sich mit Wärme einstimmig den Worten Briands an, die eine volle Zuversicht in den endgültigen Sieg bezeugten. Briand drückte seine Befriedigung aus über die Beistandigkeit, mit der die verschiedenen Fragen geregelt wurden. Er erklärte, daß, wenn neu auftauchende Fragen eine neue gemeinsame Besprechung der Alliierten erheischen, die beste Art, sie zu regeln, eine neue Zusammenkunft sein würde.

Die seit Wochen in der Presse erörterte Pariser Konferenz der Ententemächte hat am Dienstag nachmittag ihre Arbeiten abgeschlossen. Ueber die Ergebnisse dieses in den Ententeländern mit großer Spannung erwarteten Kongresses ist vorläufig nur soviel bekannt, daß eine militärische und diplomatische Vereinheitlichung der Aktionen der Verbündeten wie eine Regelung verschiedener gemeinsamer finanzieller und wirtschaftlicher Fragen erzielt worden ist. Worin die Herstellung der sogenannten „Einheitsfront“ bestehen soll, kann vorläufig nur vermutet werden. In dieser Beziehung ist es interessant, was der Pariser Korrespondent des „Verner Bund“ unmittelbar vor der Konferenz seinem Blatt schrieb:

Als ausgemacht kann angenommen werden, daß die Westmächte der Entente entschlossen sind, sich gegenseitig ihr Material und ihre Truppen zur Verfügung zu stellen. General Cadorna ist da, um die technische Seite dieser Abmachung zu erörtern, während Salandra und Sonnino die Bedingungen der italienischen Gehilfenhaft festzulegen haben.

Die Anwesenheit der Serben, unter denen sich drei serbische Armeeführer befinden, deutet darauf hin, daß im Balkan etwas geschehen soll, welche Lösung auch immer angenommen wird. Prinz Alexander hat sich schon vor einigen Wochen dahin ausgesprochen, daß die Entente die Erfahrungen der Serben in den Balkanländern mit Nutzen zu Rate ziehen könnte. Seitdem die italienisch-serbische Rivalität ganz geschwunden ist, stehen einer einheitlichen Handlung im Balkan weniger Hindernisse stehen.

Auf die hier angedeuteten Momente: die stärkere Heranziehung Italiens zu gemeinsamen Aktionen und die Eröffnung gemeinsamer Handlungen auf dem Balkan dürfte sich demnach, abgesehen von einer durchaus natürlichen und selbstverständlichen Annäherung der Hauptmächte der Entente, die Herstellung der „Einheitsfront“ beschränken, die in den Ententeländern vom Pariser Kriegsrat erwartet worden ist. Die Pariser Konferenz hat auch insofern an Interesse eingebüßt, als die Besprechung des wirtschaftlichen Verhältnisses der Verbündeten zu einander einer späteren, auf den April verschobenen, besonderen Konferenz vorbehalten bleiben soll. Es haben sich gerade auf diesem Gebiete in der Presse der Ententeländer so viel Unstimmigkeiten ergeben, daß eine Vertagung der Wirtschaftskonferenz unvermeidlich erschien. So sahen sich führende Staatsmänner Englands, wie Asquith und Lloyd George, genötigt, der Propaganda für den Schuyssoll und den fortwährenden Wirtschaftskrieg gegen Deutschland energisch entgegenzutreten, während in Rußland einflußreiche Kreise schatten und Verborgene energisch gegen alle Pläne Frontmächten, die auf die Bildung einer Wirtschaftsunion der Entente und die wirtschaftliche Isolierung Deutschlands von Rußland hinauslaufen. Alle diese Gegensätze, die in ihrer Wirkung von eminenter Bedeutung sind, werden in der Zeit bis zur Wirtschaftskonferenz der Entente der Öffentlichkeit sicher noch lebhaft beschäftigen. Ebenso erfordert wohl auch die Dinge, von denen eine zur englischen Regierung in enger Beziehung stehende Persönlichkeit vor kurzem im „Daily Telegraph“ Mitteilung machte, (siehe „Vorwärts“ vom 25. d. M.), noch einer gewissen Zeit, um ausreifen zu können. Man wird infolgedessen gut tun, die Aufmerksamkeit, die man der jetzt abgeschlossenen Pariser Konferenz entgegengebracht hat, in verstärkter Maße auf die vorläufig bis Ende April vertagte Handelskonferenz zu übertragen.

Gerüchte.

Die „Deutsche Tageszeitung“ weiß zu berichten: „Vor einigen Tagen berührten wir die Aufnahme und Erörterung ausländischer Forderungen, Vorschläge“, wie sie in einem Teile der linksstehenden deutschen Presse zum Ausdruck kam. Seitdem wird in der englischen und französischen hauptsächlich, ebenfalls auch in der neutralen Presse das Thema eifrig und offenbar ebensoviele zweifelhafte wie einseitig geleitet, weiter behandelt. Da bekanntlich eine öffentliche Erörterung an dieser Stelle nicht möglich ist, so müssen wir uns auf die Erwähnung beschränken, daß jene Presse von Zusammenkünften inoffizieller Persönlichkeiten des Deutschen Reiches und seiner Gegner spricht, meist ohne Andeutung des Ortes, jedenfalls ohne genaue drückliche Bezeichnung. Auch die angeblich von deutscher Seite vorgeschlagenen Bedingungen werden genannt. Bedingungen, welche nicht fest, sondern als austauschbare Vorschläge gedacht seien, mit dem praktischen Zwecke zunächst, überhaupt durch Vorschlag und Gegenvorschlag eine Grundlage für Verhandlungen zu schaffen und die Möglichkeit herbeizuführen, daß die, wie gesagt, zunächst inoffiziellen oder halb-offiziellen Unterhändler sich zusammen „um einen Tisch setzen könnten“...

Daneben arbeiten mündlich fortgeplante Gerüchte über Vorverhandlungen, über Fühlungnahme zwischen Deutschland und seinen Gegnern, bald mit Frankreich, bald mit Rußland, bald mit Großbritannien. Am bestimmtesten treten diese Gerüchte hinsichtlich Großbritanniens auf, wie übrigens auch, beiläufig bemerkt, in der erwähnten Zeitungsarbeit die britische Presse führt und am bestimmtesten und mit Angabe der meisten Einzelheiten deutschen Bemühen nach solchen Fühlungnahmen behauptet. Im mündlich weitergetragenen Gerüchte erscheinen bereits die Namen dreier früherer britischer Minister, die Namen Morley, Trevelyan und — Goldene.

Gegen die Wehrpflicht in England.

Die Durchführung der Wehrpflicht in England stößt auf größere Widerstände als allgemein angenommen wird. Es sind nicht nur Arbeiter und Sozialisten, die ihr widerstreben, sondern auch Leute, die das Christentum etwas anders auffassen als es gemeinhin aufgefaßt wird.

Ende Februar wurde die Sekretärin der Frauen-Antikonkriptionsliga, Frau Nellie West, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie Broschüren verbreitet hat, die die Männer aufforderten, sich nicht zum Militärdienst zu stellen. Die bei der Verurteilung der Frau West im Gerichtsfoal anwesenden Frauen protestierten gegen das Urteil mit lauten Rufen. Als die Angeklagte gefragt wurde, warum sie keinen Verteidiger genommen habe, antwortete sie dem Gerichtshof: „Gott ist mein Verteidiger, denn er hat gesagt: Du sollst nicht töten!“

Der Gerichtshof erklärte diesen Standpunkt für unchristlich und verurteilte die Angeklagte, die sich rühmte, Hunderte von jungen Männern abgehalten zu haben, sich zum Militärdienst zu melden.

Am 8. März versammelten sich über tausend junger und wehrfähiger Leute, Mitglieder der „No Conscriptin Fellowship“ in einer Kirche im Norden von London, um gegen ihre Ausmusterung zu protestieren. Sie verpflichteten sich, keineswegs Kriegsdienst zu leisten und alle Strafen für diese Weigerung auf sich zu nehmen.

Englische Rekrutierungsschwierigkeiten.

London, 27. März. (W. T. B.) Die gegenwärtige Lage der Rekrutierung wird in der „Times“ als unerträglich bezeichnet.

Das Blatt sagt im Leitartikel: Die Regierung solle sich die Resolutionen verheirateter Männer in Manchester zu Herzen nehmen, die Lord Derby aufforderten, von seinem Posten zurückzutreten, da die Regierung ihr Versprechen nicht eingelöst habe, und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht verlangen. Das Blatt fährt fort: Der Streit um die Rekrutierung macht einen schlechten Eindruck auf die Verbündeten, die Neutralen und auf die Armeen in der Front. Der Mangel an Soldaten ist sehr groß. Im Parlament wurde offen erklärt, daß die Stärke gewisser Geschwadern nicht aufrecht erhalten wird, und es ist notorisch, daß die Depots und die Reservebataillone nicht so stark sind, wie sie sein sollten.

Gesundheitschädigung in englischen Munitionsbetrieben.

London, 27. März. (W. T. B.) Eine Kommission, die den Gesundheitszustand der Munitionsarbeiter zu untersuchen hatte, stellte fest, daß die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der Arbeiter durch Überanstrengung gelitten habe, während die Produktion nicht zugenommen, sondern eher abgenommen habe. Als Ursache wird eine zu lange Arbeitszeit und ungewöhnliche Einteilung der Arbeit bezeichnet.

Der neueste russische Regierungsskandal.

Die russische Presse beschäftigt sich in der letzten Zeit sehr angelegentlich mit den Vorgängen, die zur Verabschiedung des Ministers des Inneren Tschowstow geführt haben. Die Petersburger Presse ist offenbar genötigt, in dieser Besprechung eine gewisse Zurückhaltung zu üben, allein die große Provinzpresse spricht ziemlich offen über die Einzelheiten des neuesten Regierungsskandals, der auf dem Hintergrund der großen politischen Krise, die das Land durchlebt, keine besondere Aktualität erlangt hat. Nach den Berichten des Moskauer liberalen Blattes „Ruska Wjedomosti“ stellt es sich heraus, daß der Rücktritt Tschowstows, abgesehen von seiner Unfähigkeit und der Unzufriedenheit fast aller politischen Parteien mit seiner Politik, letzten Endes auf die Affäre Rschewsky zurückzuführen ist, über die wir bereits kurz berichteten. Vieles ist noch in dieser Angelegenheit unklar, es scheint aber, daß die amtliche Untersuchung immer mehr Material für die Annahme zutage fördert, daß der „Journalist“ Rschewsky, der kurz vor dem Ausbruch des Krieges Minister Tschuchomlinow als Handlanger für Kriegstreiber in der Presse und später dem neuernannten Minister des Inneren Tschowstow als Spitzel und Agent „für besondere Aufträge“ diente, im Auftrag einer bestimmten Clique, der Tschowstow angehört, ein Attentat auf den „Wunderthäter“ Rasputin vorbereitete, der bekanntlich Kraft seiner sexuell-mystischen Eigenschaften einen ungeheuren Einfluß auf das Zarenpaar und den Hof ausübt. „Ruska Wjedomosti“ schreibt in ihrem Leitartikel über diese Angelegenheit:

Die Berichte über die Affäre Rschewsky weisen bereits einige Versionen auf, und jede neue Version, jeder neue Versuch, einer Rehabilitierung geht nur noch deutlicher die ganze Tiefe des schmutzigen Abgrundes, der sich plötzlich vor unseren Augen aufgetan hat. Unwillkürlich erinnert man sich des alten englischen Scherzes über den Londoner Strahenschmutz in früheren Zeiten. Ein Passant, der eine Münze fallen ließ und auf der Suche nach ihr mit seinem Stöckel im Strahenschmutz herumstöbert, findet plötzlich einen horren runden Gegenstand, der sich bei näherem Augenschein als der Kopf eines lebenden Menschen herausstellt. „Wie sind Sie hierher geraten, Sir?“ fragt der Passant erstaunt. „Das ist noch gar nichts“, entgegnet der Kopf, „was würden Sie erst sagen, wenn Sie erfahren, daß ich auf dem Verdeck eines Omnibusses sitze!“

Es ist sehr leicht möglich — fährt die „Ruska Wjedomosti“ fort —, daß die in die sensationelle Tagesaffäre verwickelten Personen „auf dem Verdeck eines Omnibusses“ sitzen und daß unter ihren Köpfen sich noch „Passagiere“ befinden, die noch tiefer als sie im Dreck stecken. Aber auch die Aufdeckung dieser Leute wird zum Kern der Sache kaum noch etwas Neues hinzufügen. Sie ist schon jetzt genügend deutlich zu erkennen. Welche Version der „Affäre“ sich schließlich als die richtige herausstellt, ändert an ihrer allgemeinen Bedeutung nicht mehr. Alle Versionen zeigen uns in gleicher Weise ein solches Bild politischer und moralischer Verfehlung, daß selbst Leute, die sich an vieles gewöhnt haben, in Entsetzen geraten.

Und in der Tat: man muß entsetzt zurückfahren, wenn man dieses Bild mit den auf unserem Staatskörper lastenden ungeheuren geschichtlichen Aufgaben und mit den gewaltigen Schwierigkeiten vergleicht, die er zu überwinden hat.

Wir durchleben jetzt einen beispiellos verantwortlichen Augenblick. Der äußere Kampf verlangt eine immer größere Anspannung der Kräfte. Und zugleich machen sich die Ergebnisse einer Politik immer fühlbarer bemerkbar, die vom ganzen Lande verurteilt, noch immer nicht aufgegeben wird. Das Leben spart nicht mit fortgesetzten Warnungen. Die dieser Tage veröffentlichten Verfügungen über die Arbeitsbedingungen in den Fabriken und Werken zwingen zu erstem Nachdenken über die ihnen zugrunde liegenden Verhältnisse. Die Ereignisse in Waku wie das Wiederauftreten der Ritualmordlegende im Petersburger Strahenschmutz beanspruchen nicht minder erste Aufmerksamkeit.

Mehr als je brauchen wir eine Regierung, die nicht bloß stark erscheinen, sondern auch wirklich stark sein soll. Und mehr als je ist es jetzt klar, daß nur eine solche Regierung einig, stark und frei von „verderblichen Lodungen“ sein kann, die sich auf das Vertrauen des Landes stützt.

Untersuchung gegen den ehemaligen Kriegsminister Suchomlinow.

Petersburg, 20. März. (W. T. B.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Die erste Abteilung des Reichsrats hat nach Prüfung der Umstände, welche die ungenügende und niemals rechtzeitige Vervollständigung der Kriegsmunition betreffen, den Beschluß gefaßt, eine Untersuchung über die auf dem ehemaligen Kriegsminister Suchomlinow und dem ehemaligen Artillerieoberverwaltungschef General Kusmin-Karamaschew lastenden Anklagen anzuordnen. Senator Kusmin wurde vom Zaren mit der Untersuchung der Angelegenheit betraut.

Das amerikanische Kapital in China.

Aus New York wird uns geschrieben: Die Anstrengungen, die amerikanische Kapitalisten machen, ihren Einfluß in China auszuweiten, erregen bei den Japanern und den Engländern in Ostasien heftige Opposition. Der Pekinger Korrespondent der „Associated Press“ berichtet, daß seit der Gründung

der American International Corporation, jener mächtigen Gesellschaft, die zur Förderung der Interessen des amerikanischen Kapitals im Auslande ins Leben gerufen wurde, die japanische Presse und die englische Presse in den Vertragshäfen die amerikanischen Bestrebungen in Ostasien beständig und unfreundlich kritisiert. Japaner wie Engländer beklagen namentlich, daß die Amerikaner im Tale des Jangtsekiang Fuß fassen werden. Der Streit um die Modernisierung der großen Stadt Hanlow, die man das Chicago Chinas genannt hat, ist für die sich entzündenden Rivalitäten bezeichnend. Die englische Firma Samuel's u. Company, Ltd., hatte den Kontrakt zur Errichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage und zur Ausführung anderer kommunaler Arbeiten zugesprochen erhalten. Wegen der Zustände auf dem englischen Geldmarkt konnte die Firma das Unternehmen jedoch nicht finanzieren. Da sprangen die Amerikaner ein und machten ein Angebot, was ihnen von der englischen Presse sehr übel genommen wurde. Man deutete an, daß die Handlungsweise der Amerikaner eine Unfreundlichkeit der Vereinigten Staaten England gegenüber darstelle, und Engländer, die zu den amerikanischen Interessenten Beziehungen unterhielten, wurden als Verräter ihres Vaterlandes bezeichnet. Die Chinesen sind ihrerseits natürlich hocherfreut über die Entwicklung der Dinge. Ihnen ist die Konkurrenz unter den „Kulturträgern“ nur recht. Die chinesische Presse hat die Nachricht, daß sich die American International Corporation an der wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes beteiligen will, mit Begeisterung aufgenommen. Japanische Stimmen über die neue Entwicklung geben zu mancherlei Betrachtungen Anlaß. So schreibt der „Janrats“ von Tokio, daß die Japaner alle Ursache hätten, der amerikanischen Konkurrenz im fernem Osten die größte Aufmerksamkeit zu schenken. „Die Amerikaner“, so heißt es in diesem Blatt, „fangen die Dinge gern im großen Maßstab an. Da sie durch ihr System des Großbetriebs an Produktionskosten sparen, werden japanische Waren schließlich mit den amerikanischen nicht konkurrieren können.“ — Wie lieh doch früher die Prophezeiung? Der kleine gelbe Mann wird den Weltmarkt mit Waren zu Preisen überflutet, bei denen der Weiße nicht existieren kann. Das war die „gelbe Gefahr“. Jetzt sehen sie, wie das Land, das die höchsten Löhne zahlt, der „gelben Gefahr“ zu Leibe rückt. Nicht das Land mit den niedrigsten, sondern das Land mit den höchsten Löhnen und der höchsten Lebenshaltung der Rassen ist am konkurrenzfähigsten. Der Vorfall zeigt wieder einmal, wie leicht es ist, mit einigen allgemeinen, plausibel klingenden Phrasen ein diplomatisches Kartenhaus zu konstruieren und Weltpolitik zu treiben. Die Japaner haben mehr Ursache, die „weiße Gefahr“ zu fürchten als wir die „gelbe Gefahr“ zu fürchten brauchen. (2)

Letzte Nachrichten.

Amerika und die bewaffneten Handelschiffe.

Washington, 29. März. (Durch Funkbruch vom Vertreter von Wolffs Telegraphenbureau.) Die Alliierten haben einzeln auf Vanings Vorschlag einer Entwaffnung aller Kauffahrer geantwortet und diesen tatsächlich abgelehnt. Die Vereinigten Staaten werden alsbald zur Information aller Nationen einen umfassenden Bericht über ihre Stellungnahme zu der Forderung des Unterseebootskrieges und der Bewaffnung der Kauffahrer zu Verteidigungszwecken abfassen. Es wird wahrscheinlich ein Rundschreiben an die Mächte gerichtet werden. Diese Verlautbarung, die unter sorgfältiger Beachtung aller von beiden Seiten der europäischen Kriegführenden geltend gemachten Ansprüche vorbereitet wird, wird als Richtlinie für die amerikanische Regierung bei künftigen Verhandlungen dienen. Es wird erklärt, daß die Vereinigten Staaten unabänderlich ihre bereits aufgestellten Grundzüge vertreten. Man glaubt, daß die Verlautbarung die Grundlage für die völkerrechtlichen Bestimmungen nach dem Kriege liefern wird, die sich auf den Gebrauch der Unterseeboote im Seekrieg beziehen. Während seiner Abwesenheit von Washington beschäftigte sich Vaning mit einer großen Anzahl ihm zugegangener Angaben betreffend Tauchboote und bewaffnete Kauffahrer.

Eine amerikanische Anfrage.

Washington, 20. März. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Staatssekretär Vaning teilt mit, daß der amerikanische Vorkämpfer in Berlin beantragt worden ist, bei der deutschen Regierung anzufragen, ob ein deutsches Unterseeboot die „Sussex“ und den „Englishman“ torpediert habe.

Meldung der englischen Admiralität.

London, 20. März. (W. T. B.) Die Admiralität weiß darauf hin, daß der englische Bericht über den Luftangriff auf Schleswig-Holstein die Angabe enthielt, daß zwei und nicht zehn deutsche bewaffnete Vorpostenschiffe gesunken seien. Weiteres den Untergang des „Greif“ betonte die Admiralität, daß sie nicht erklärt hat, der „Greif“ habe unter norwegischer Flagge gefeuert, sondern er habe über die norwegischen Farben hinweggefeuert. Endlich wird erwähnt, daß der britische Bericht, demzufolge das deutsche Schiff gesunken sei, nach deutscher Auffassung unwahr sei, da angenommen werde, der „Greif“ habe sich selbst in die Luft gesprengt. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß die Deutschen selbst in einem drahtlosen Bericht bestätigt haben, daß die Gefangenen, die auf dem „Greif“ gemacht worden sind, von jeder Verbindung mit der Außenwelt abgeschnitten seien. Die Nachricht der Deutschen kann deshalb nicht von einem Mitgliede der Besatzung des Schiffes stammen.

Das Urteil im bulgarischen Spionageprozeß.

Sofia, 20. März. (W. T. B.) (Meldung der Agence Bulgare.) Das Kriegsgericht hat gestern Abend das Urteil im Spionageprozeß gefällt. Von den sechs Personen, die der Spionage unter Leitung des früheren russischen Marineattachés angeklagt waren, wurden zwei, ein Publizist und ein Möbelhändler, freigesprochen, die vier übrigen, ein Reserveoffizier, ein Journalist und zwei Schiffskapitäne der bulgarischen Schiffsahrtsgesellschaft, wurden zu lebenslänglichem Kerker verurteilt. Einer von den beiden Kapitänen ist russischer Staatsangehöriger. Die Verlesung des Urteilspruches rief tiefen Eindruck hervor. Vor dem Gerichtshof war eine riesige Menschenmenge versammelt, die sich erst in späten Abendstunden zerstreute, als die Verurteilten ins Gefängnis abgeführt worden waren. Trotz der erregten Stimmung hat sich kein Zwischenfall ereignet.

Ein neuer russischer Kriegsminister.

Petersburg, 20. März. (W. T. B.) (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Kriegsminister General Poliwanoow ist auf sein Ansuchen seiner Funktionen enthoben und zu seinem Nachfolger der Chef der Intendantur, Generalintendant General der Infanterie Schujawajew, ernannt worden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Höchst gefährliche Heimarbeit.

Die ungeheure Feuergefährlichkeit des Zelluloid hat schon manchen sehr schweren Brandschaden in Betrieben verursacht, wo dieser leicht entzündliche Stoff verarbeitet wird. Mit Rücksicht darauf ist vor einigen Jahren eine Polizeiverordnung ergangen, welche unter anderem bestimmt, daß ein Heimarbeiter nie mehr als fünf Kilo Zelluloid im Hause haben und hier nur solche Arbeiten ausführen darf, wobei keine Späne abfallen. Die Heimarbeit an Zelluloidwaren darf nicht in der Küche oder dem Wohnzimmer des Heimarbeiters ausgeführt werden, es muß ein besonderer Raum dazu vorhanden sein.

In einer Versammlung der Kamm- und Haarschmuckarbeiter wurde ausgeführt, daß diese Verordnung jetzt häufig übertreten wird. Die Branchenleitung hat festgestellt, daß in manchen Betrieben die Arbeiter regelmäßig Arbeit mit nach Hause nehmen, um sie nach Feierabend und Sonntags auszuführen. Es handelt sich um das Ausschneiden von durchbrochener Ware. Diese Arbeit wird mit der Laubjäge ausgeführt. Dabei fallen reichlich Späne ab. Das mag dem Laien harmlos erscheinen. Der Fachmann aber weiß, daß da, wo in der Küche oder Stube eines Heimarbeiters solche Beschäftigung betrieben wird, das ganze Haus ständig in Feuergefahr steht. Gerade die bei der Arbeit abfallenden und herumliegenden Späne entzünden sich ebenso leicht wie ein Sprengstoff. Ein Funke, der vielleicht beim Anzünden der Lampe vom Streichholz abspringt — was bei den jetzt im Gebrauch befindlichen minderwertigen Streichhölzern nicht selten vorkommt — kann genügen, um die Zelluloidabfälle in Brand zu setzen. Wenn diese Material erst Feuer gefangen hat, dann ist ein größeres Brandunglück unvermeidlich. Diese gefährliche Heimarbeit ist gegenwärtig so verbreitet, daß drei Arbeiter eines Betriebes die ganze Ausschneidarbeit zu Hause machen. — Die Organisation der Kamm- und Haarschmuckarbeiter hält es für ihre Pflicht, die Polizei und die Gewerbeinspektion auf die Verstöße gegen die Verordnung aufmerksam zu machen und erwartet, daß durch Einschreiten der Behörden dem gefährlichen Treiben ein Ende gemacht werde.

Vom Schicksal der kriegsbeschädigten Angestellten.

Ein seit dem 10. Mai 1906 bei der Friedrich-Wilhelm-Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft in Berlin tätiger Kontorist wurde am 10. November 1914 zum Heeresdienst einberufen. Ihm wurde wie allen anderen zugesagt, daß er nach Beendigung seines Militärdienstes wieder eingestellt werden würde. Seine Familie erhielt die übliche Unterstützung in Höhe von fünfzig Prozent des Gehaltes für die Frau und weiteren fünf Prozent für ein Kind. Infolge eines Herzleidens, das sich während des Kriegsdienstes herausbildete, wurde der betreffende Angestellte am 10. November 1915 als dienstuntauglich aus dem Heeresdienst entlassen. Nach vorausgegangener Untersuchung durch einen Vertrauensarzt stellte ihn die Friedrich-Wilhelm zum 1. Dezember 1915 zu seinem früheren Gehalt — einhundertfünfunddreißig Mark pro Monat — wieder ein. Da der verheiratete sechsunddreißigjährige Angestellte bei der kurzzeit herrschenden Feuerung bald einsehen mußte, daß es ihm jetzt noch viel weniger als früher möglich ist, sich mit seiner Familie mit einem solchen Gehalt durchzuschlagen, ohne in Schulden zu geraten, richtete er am 29. Januar an die Direktion der „Friedrich-Wilhelm“ ein Gesuch um Gehaltserhöhung. In der Begründung dieses Gesuches erinnerte er daran, daß er vor nunmehr nahezu zehn Jahren mit

einem Gehalt von 76 M. pro Monat seine Beschäftigung bei der „Friedrich-Wilhelm“ angetreten habe. Er habe damals gehofft, durch Fleiß und Ausdauer sein Einkommen soweit steigern zu können, daß er mit seiner Familie davon leben könnte. Bei ehrlichem Streben haben aber zehn Jahre nicht ausgereicht, um dieses Ziel zu erreichen. Unter diesen Umständen habe er stets auf Nebenerwerb bedacht sein müssen. Durch seine angestrengte Tätigkeit habe er sich ein Nervenleiden zugezogen. Als er nun zum Kriegsdienst eingezogen worden sei, verlor er seinen Körper völlig. Das Nervenleiden ergriff auch das Herz, so daß er nach etwa einem Jahr wieder entlassen werden mußte. Da ihm sein Leiden jetzt jeden Nebenerwerb unmöglich mache, bitte er die Direktion um eine Gehaltserhöhung, damit er mit seiner Familie nicht gar zu große Not zu leiden brauche. Das Gesuch wurde abschlägig beschieden.

Die Folge war, daß nicht eine Besserung, sondern allmählich eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes des betreffenden Angestellten eintrat, so daß er am 1. März durch den Arzt der Betriebskrankenliste vorläufig arbeitsunfähig geschrieben wurde. Die fürchterliche Lage des Angestellten kommt in nachstehendem Schreiben, das er an seinen Abteilungsvorsteher richtete, zum Ausdruck:

„Durch eine Verschlimmerung meines Herzleidens bin ich abermals arbeitsunfähig geworden. Ich glaube annehmen zu müssen, daß die komplizierten Nebenübungen, mit denen ich mich beschäftigen muß, über meine Kraft gehen. Tag und Nacht wird mein Innerstes durchwühlt, um eine Lösung des Exzesses zu finden, wie ich mit 127 M. auf anständige Weise meine Familie ernähren kann. Ihnen, sehr geehrter Herr S., will ich sagen, daß mich der bittere Ernst meiner Lage schon oft an die Grenze der Verzweiflung getrieben hat. Herr Direktor Liebetanz hat mein Gesuch um Gehaltserhöhung glatt abgelehnt. Nun, der Herr Direktor mag ein genialer Mathematiker sein, jedoch in die Lage eines Beamten, den sein geringer Verdienst in die elende Lage des untersten Proletariats hinabzieht, wird er sich wohl sehr schwer verlegen können.“

Nachdem ich 10 Jahre lang der Gesellschaft meine gesunde Arbeitskraft für ein äußerst geringes Gehalt zur Verfügung gestellt habe, bitte ich, aus Gründen der Gerechtigkeit jetzt Rücksicht üben zu wollen.

Die Gesellschaft ließ es an der geforderten Rücksicht nicht fehlen. Sie wartete vom 1. bis zum — 13. März und schickte dem kranken Angestellten dann folgenden Brief:

Eingefriedigt!

Herrn Neudöln.

Da es sich gezeigt hat, daß Sie bei Ihrem Gesundheitszustande, wie er sich in letzter Zeit gestaltet hat, den dienstlichen Anforderungen nicht in dem Maße zu entsprechen in der Lage sind, wie wir bei Ihrer Wiedereinstellung glaubten hoffen zu können, so müssen wir zu unserem Bedauern das Dienstverhältnis lösen und sprechen daher hiermit die Kündigung zum 30. April 1916 aus.

Hochachtungsvoll

Friedrich Wilhelm
Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft
Dr. Liebetanz.

Ein Gesuch des Angestellten um Rücknahme der Kündigung wurde nicht berücksichtigt.

Kürzlich wurde in der Tagespresse mitgeteilt, daß die Deutsche Bank mit ihren kriegsbeschädigten Angestellten bei ihrer Wiedereinstellung sogenannte Zwischenverträge abschließt. Sie beschäftigt die kriegsbeschädigten so einige Zeit in der Regel zu geringeren Gehältern wie vor dem Kriege, um — wie sie sagt — sich ein Bild darüber zu machen, inwieweit eine dauernde Wiedereinstellung des kriegsbeschädigten möglich sei. Diesem Verhalten eines der größten Finanzinstitute Deutschlands reiht sich das geschilderte Vorgehen der „Friedrich-Wilhelm“ gegen einen kriegsbeschädigten würdig an. Wenn derartige Beobachtungen schon jetzt bei solchen wirtschaftlich starken Unternehmungen

gemacht werden müssen, was werden da die kriegsbeschädigten Angestellten erst nach dem Kriege bei all den vielen mittleren und kleineren Unternehmungen erleben? Schimpfen und schelten hilft gegenüber solchen Dingen wenig. Auch das Anrufen des Gelehrten allein wird den Angestellten wenig nützen. Es gibt nur einen Weg, auf dem sie sich der Unternehmerrückwärtsentzogen können. Sie müssen einmütig zusammenstehen und in ihrer Gewerkschaft — dem Zentralverband der Handlungsgehilfen — für ihre Interessen eintreten lernen. Einer für alle, alle für einen!

Aus Industrie und Handel.

Reichsbank.

Der Verwaltungsbericht für das Jahr 1915 mit der Gewinn- und Verlustrechnung liegt jetzt vor. Danach hat die Reichsbank im Jahre 1915 einen Gesamtgewinn in Höhe von Mark 273 144 929 erzielt gegen 133 298 818 M. im Jahre 1914. Die Verwaltungskosten beanspruchten davon 26 488 221 M. (1914: 24 846 875 M.). Für Banknotenherstellung wurden ausgegeben 3 066 877 M. (2 882 046 M.). An den Preussischen Staat waren wie im Vorjahre 1 865 730 M. zu zahlen. Als Entgelt für den Fortfall der Notensteuer erhält das Reich 100 Millionen Mark (aus dem Gewinn des Jahres 1914 war für die Notensteuer ein Betrag von 1 040 985 M. abzuweihen). Als nachträgliche Kriegsteuer für 1914 kommt ein Betrag von 14 800 000 M. in Anrechnung (—). Auf zweifelhafte Forderungen werden 20 905 768 (85 275 496) M. in Reserve gestellt. Ein Verlust auf Wertpapiere ist diesmal nicht abzubuchen, während im Jahre 1914 ein solcher in Höhe von 241 870 M. entstanden war. Ferner kam für das Jahr 1914 für verschiedene kleinere Posten ein Betrag von insgesamt 135 665 M. in Abzug, während diesmal noch 36 000 M. zu verrechnen sind. Es bleibt für das Jahr 1915 ein Reingewinn in Höhe von 106 482 331 M. (1914: 67 010 693 M.). Auf die Anteilhaber entfällt eine Gesamtdividende von 8,97 Proz. gegen 10,24 Proz. für 1914 und 8,43 Proz. für 1913. Das Reich erhält aus dem — bereits um 114 300 000 M. für Kriegsabgaben gekürzten — Reingewinn in Höhe von 106 482 331 M. eine Kriegsgewinnsteuer im Betrage von 50 972 922 M., die einer Abgabe von 75 Proz. des gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1911, 1912 und 1913 erzielten Reingewinnes entspricht. Schließlich erhält die Reichskasse nach den Bestimmungen des Bankgesetzes 84 448 586 M. (für 1914: 42 497 485 M.). An den Reservefonds gehen 4 920 940 M. (6 071 069 M.). Der an das Reich abgeführte Betrag beläuft sich danach insgesamt auf 199 719 508 M. gegenüber 48 388 420 M. in 1914.

Die Elektrizitätsversorgung Sachsens.

Der sächsische Landtag, der am 7. April vertagt werden soll, wird bereits im Juni wieder einberufen, um einen Gelegenheitsrat über die staatliche Elektrizitätsversorgung Sachsens zu beraten. Die Vorlage soll die Elektrizitätsversorgung des Landes vereinigen. Es sollen vor allem die Preise für den Strom reguliert werden. Der Staat hat an der Regelung der Elektrizitätsversorgung auch insofern ein besonderes Interesse, als er nach dem Kriege eine Anzahl verkehrreicher Neben-, Klein- und Vorortbahnen mit elektrischem Betrieb versehen wird. Vorgeesehen ist auch der Ankauf des Elektrizitätswerkes Hirschfelde bei Zwickau für den Preis von fünf Millionen Mark. In der Nähe liegen umfangreiche staatliche Braunkohlenfelder. Weiter soll für den Westen des Landes, wo ebenfalls dem Staat eigene Kohle zur Verfügung steht, ein neues Werk errichtet werden. Nach und nach sollen alle vorhandenen Stromquellen vereinigt werden. In der Vorlage wird zur Durchführung des Planes zunächst ein Kredit bis zu 20 Millionen Mark gefordert. Weiter wird beim Etat „Finanzministerium“ die Errichtung einer „Direktion der staatlichen Elektrizitätswerke“ beantragt. — Die Vorlage ist ohne Zweifel aus dem Bedürfnis nach neuen Steuerquellen geboren.



Neues, Allerneuestes!



Sonntags geschlossen!

Rönigstraße 33 am Bhf. Alexanderplatz
Chausseest. 113 beim Stettiner Bahnhof

Ein ungewöhnlich geschickt zusammengestelltes Jackenkleid in Lederleder. Jugendlicher Schnitt verbindet sich mit wirkungsvollen Garnierungen. Auf Seide	26.50	Wohl die beliebteste Form unserer viel begehrten blauen Jackenkleider aus reinwollener Ware. Besonders reizvoller Gürtel und feine Taschen. Auf Seide	47.50	Straszier-Jackenkleid aus sehr praktischer, dauerhafter Stoffware. In schönen braunen und grauen Farbtönen. Moderner Siodenkall. Auf Seide	38.50	Sehr vornehmes, elegantes Jackenkleid für Besuch und Straße, wegen seiner vorzüglichen Ware und eigenartiger, reicher Verarbeitung gern gekauft. Auf Seide	59.—
--	-------	--	-------	---	-------	---	------

Herrenhaus.

6. Sitzung. Mittwoch, den 29. März, nachmittags 2 1/2 Uhr.

Am Ministertisch: v. Voelckel, Präsr. v. Schorlemer, Dr. Lentze, Sydow, v. Beseleer, v. Weitenland.

Das Haus ist stark besetzt. Auf der Tagesordnung steht der Etat. Verichterstatier Graf v. Seidlitz-Sandrezki: Fest und unerschütterlich steht das ganze Volk hinter seinem Volk in Waffen. Und wenn in jüngster Zeit eine Minderheit durch ihr verwerfliches Treiben einen gegenteiligen Eindruck zu erwecken versucht hat, so muß ausgesprochen werden, wie tief das deutsche Volk solch landesverräterisches Treiben verabscheut. (Zustimmung.) Die Frage des Unterseebootkrieges und die damit zusammenhängenden politischen Fragen wurden nur gestreift, weil man zur richtigen Beurteilung alle Vorbedingungen kennen mußte und weil die Staatsregierung es angesichts der Kriegslage für bedenklich, ja für gefährlich hielt, hierüber eingehend Kenntnis zu geben.

Die Ausföhrung der Wahlrechtsfrage wurde als im gegenwärtigen Augenblick unzulässig bezeichnet. Der Stimmung im Lande werde damit eher geschadet als genügt. Der Gedanke, daß eine Reform des Wahlrechts eine Belohnung für patriotisches Wohlverhalten sei, wurde als unrichtig verworfen. Eine maßvolle Erörterung nicht unmittelbar mit dem Kriege zusammenhängender Fragen nach nahezu zwanzig Kriegsmonaten wurde als wünschenswert bezeichnet. Das Verbot der Erörterung von Kriegszielen lasse sich kaum weiter aufrecht erhalten. Zwar habe die Regierung Freigabe in Aussicht gestellt. Höhere man damit aber zu lange, so werde man die Begeisterung und Freude am Vaterland gerade bei den Besten und Edelsten erlöten. (Zustimmung.) Der Minister des Innern erkannte an, daß einer vaterlandslösenden Bestimmung, wie sie in manchen Reden im anderen Hause zum Ausdruck gekommen sei, mit allen Mitteln entgegengetreten werden müsse. Eine Schwierigkeit liege aber darin, daß ein großer Teil der früher radikalen Elemente den Wunsch, andere Bahnen zu wandeln, nicht nur anerkannt, sondern auch bejaht habe. Man solle die Entwidlung abwarten und nicht mit Rücksicht auf die ganz radikalen Elemente gleich mit den schärfsten Maßnahmen vorgehen. — In der Frage des Geburtenrückganges läme es darauf an, das stitliche Bewußtsein in weiten Kreisen zu wecken. — In der Ernährungsfrage sei die Hauptfrage die Anregung der Produktion. (Bravo!) Festsetzung von Höchstpreisen sei nicht immer das richtige Mittel. Schwierigkeiten zu begegnen. Dank der freudigen Mitarbeit aller beteiligten Kreise, nicht zum wenigsten der Landräte und sonstigen ländlichen Stellen, werde es gelingen, den schänden Aushunungsplan zu durchsetzen, bis sich an unseren Feinden selbst das verdiente Schicksal ereigne. (Bravo!)

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer: Die neue Ernte eröffnet nach den letzten Saatenstandsberichten die besten Aussichten. Wenn der Krieg uns auch Entbehrungen und Erschwernngen auferlegt, so kann doch aufs bestimmteste erklärt werden, daß wir dem Hunger nicht entgegengehen, sondern daß wir aushalten und durchhalten werden bis zum siegreichen Ende. — Mit den Kartoffeln werden wir bis zur nächsten Ernte auskommen. Bei Butter und Milch ist der Höhepunkt der Schwierigkeiten überwunden. In dem Fleischkonsum wird dagegen eine gewisse Beschränkung und vor allem eine gleichmäßige Verteilung der Vorräte notwendig sein. Es ist Ihnen nicht unbekannt, daß eine gewisse Richtigstellung durch Stadt und Land geht. Aber gerade in der gegenwärtigen Zeit, wo Sieg unsere Parole bleiben muß, darf keine Trennung zwischen Stadt und Land Platz greifen.

Graf v. Beseleer: Im Namen der beiden Fraktionen des Herrenhauses habe ich folgende Erklärung abzugeben: Das Herrenhaus erklärt: Die in dem Artikel der „Nordd. Allg. gemeinen Ztg.“ im Februar dieses Jahres dargelegte Auffassung der königlichen Staatsregierung von der ausschließlichen Zuständigkeit des Reichstages für die Erörterung von Fragen der auswärtigen Politik vermag das Herrenhaus in dieser allgemeinen Fassung nicht zu teilen. Das Herrenhaus erkennt indessen an, daß eine solche öffentliche Erörterung in der zwingenden Rücksicht auf die Kriegslage ihre Grenzen finden muß. Schiedsrichtin gilt dies, wo es sich um Angelegenheiten handelt, welche mit der kaiserlichen Kommandogewalt direkt oder indirekt verknüpft sind. Bei voller Anerkennung der außerordentlichen Schwierigkeiten, die die Neuheit und die Zielgestaltigkeit der Aufgaben des Krieges mit sich bringen, ist doch das Herrenhaus der Ansicht, daß auf verschiedenen Gebieten der inneren Politik Fehler gemacht worden sind. Insbesondere muß dem Bundes Ausdruck gegeben werden, daß die Ernährungsfrage frühzeitig nach einem vorbedachten Plan für die Zukunft unter Zuziehung der richtigen Vertreter aller beteiligten Kreise in die Wege geleitet wird. Ebenso wird es schwer empfunden, daß die Handhabung der Zensur nicht überall gleichmäßig erfolgt ist und insbesondere die Erörterung der Kriegsjahle auch da ohne zwingenden Grund beschränkt wird, wo die vaterländischen Empfindungen eine Erweiterung fordern. Das Herrenhaus gibt der Erwartung Ausdruck, daß diesen weitverbreiteten Empfindungen künftighin Rechnung getragen wird, soweit es mit der Kriegslage irgendwie vereinbar ist. In Bewunderung und unerschütterlichem Vertrauen blickt das Herrenhaus auf die Führung von Meer und Flotte, auf unsere Streiter, die in Eingabe und Heldennut mit den ruhmreichen Vorkämpfern wetteifern. Hinter ihnen steht schaffend und opferbereit die ganze Nation. Mit allen weiß sich das Herrenhaus einig in dem festen Willen, den Kampf durchzuführen bis zur Erreichung eines glücklichen Friedens, der die gesteigerte Machtstellung des Reiches und die innere Wohlfahrt unseres Vaterlandes verbürgt. (Lebhafte Beifall.)

Der Etat wird en bloc angenommen. Die Denkschrift über die Ausföhrung des Ausleihungsgesetzes für die Provinzen Posen und Westpreußen wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt. Schluß: 8 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr.

Die Parteipresse zur Fraktionspaltung.

III.

„Norddeutsche Volksstimme“ (Bremserhaven):

Jede Staatsbewilligung ist eine Vertrauensfrage. Jede Denkschrift über die Ausföhrung des Ausleihungsgesetzes für die Provinzen Posen und Westpreußen wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt. Schluß: 8 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr.

Darüber, daß das, was Haase sagen wollte — er konnte es leider nicht, weil ihm mit Hilfe von Sozialdemokraten, die damit Preußenritten auf das Reichsparlament übertragen, das Wort entzogen wurde — soweit es auf die wirtschafts- und innerpolitischen Verhältnisse Bezug hat, gesagt werden muß, darüber, so hoffen wir wenigstens, wird in der Gesamtfraktion doch wohl Einmütigkeit herrschen. Weßhalb dann jetzt aber, wo es gesagt werden sollte, diese widerlich-wütigen Szenen, die dem Ansehen der Partei sicher nicht zum Vorteil gereichen?

Aber auch rein taktisch betrachtet, erscheint uns das Vorgehen der Fraktionsmehrheit geradezu töricht. Könnte man bei den reinen Kriegskrediten vielleicht annehmen, daß ihre Bewilligung der Stimmung der Mehrheit des Volkes entsprach, so wird doch in diesem neuen Konfliktfälle, wo die vitalsten Interessen des Volkes in Frage kommen, kein Anhänger der Fraktionsmehrheit der Annahme leben, daß ihr Vorgehen gegen Haase draußen im Lande Verständnis finden wird.

Nun aber wird man wieder mit der „verletzten Disziplin“ kommen. Gewiß, Disziplin muß sein; sie findet aber ihre Grenzen in den Grundgesetzen, die zugleich ihre Voraussetzung bilden. Sind diese Grundgesetze völlig oder auch nur teilweise aufgegeben — und die Minderheit ist der Ansicht, daß Parteigrundsätze der Kriegsfurie zum Opfer gebracht sind —, so ist damit schon ohne weiteres das Band der Disziplin gelodert, und es handelt sich nur noch darum, die Konsequenzen aus dieser Tatsache zu ziehen. Das haben die Genossen der Minderheit im Dezember vorigen Jahres getan, und das allein ist es, was dem Genossen Haase diesmal von der Fraktionsmehrheit als so schweres Vergehen angekreidet wird.

Wir haben im Dezember vorigen Jahres die Fraktionsmehrheit darauf hingewiesen, daß es bei ihr liegt, den Konflikt zu verschärfen oder die vorhandene Spannung herabzumildern; sie scheint den ersteren Weg wählen zu wollen und wird dann selbstverständlich auch die Verantwortung hierfür zu tragen haben.

„Lübecker Volksbote“:

Es ist zur Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und zur Gründung einer neuen sozialdemokratischen Fraktion gekommen. Wer bisher die stille Hoffnung hegte, daß unter dem Druck der ganzen Verhältnisse die Einigkeit der Partei gewahrt würde, der ist durch die gestrigen Vorgänge innerhalb der Fraktion bitter enttäuscht worden. Denn nunmehr ist die Spaltung der Partei endgültig vollzogen, da es ja völlig ausgeschlossen ist, daß eine Partei zwei Fraktionen besitzen kann. Der Bruderkampf ist damit in die Partei hineingetragen, die bisher mit Recht so stolz sein konnte auf ihre Einigkeit und Geschlossenheit. Schwere innere Kämpfe werden uns nun bevorstehen; aber sie müssen durchgeföhrt werden.

Die Parteierstörer haben ihr unheilvolles Werk vollbracht; sie werden es bereuen!

„Stettiner Volksbote“:

Die Minderheit hat, wie aus den vorliegenden Mitteilungen erhellt, die Fraktionsmehrheit durch ihr Sonderverhalten vollständig überrumpelt. Schon durch diese Art des Vorgehens mußte der Ruh in der Fraktion erwehrt und unheilbar gemacht werden. Das wußte natürlich die Minderheit auch, sie hat also die Spaltung gewollt und planmäßig herbeigeföhrt. Das muß ihr besonders als Vergehen gegen die Interessen der Arbeiterschaft angekreidet werden.

Die Spaltung ist also da, und die Wahrung zur Einigkeit in der Fraktion hat keinen Zweck mehr. Aber an die Arbeiterschaft appellieren wir, die Geschlossenheit der Partei aufrecht zu erhalten. Die Arbeiter haben, wenn sie nicht einig bleiben, viel zu verlieren. Die Vertierung der Lebensmittel und der notwendigsten Gebrauchsgegenstände bergen neue Kämpfe in ihrem Schoße, da kann man sich den Luxus eines Sonderganges nicht gestatten. Wenn jemand aus der Reichstagsfraktion ausscheidet, so tut er das auf eigene Rechnung und Gefahr. Die Parteigenossen im Lande sollten sich darüber nicht in die Haare geraten.

„Medienburgische Volkszeitung“:

Daß wir es deutlich sagen: Wir sprechen den Achtzehn das Recht der Absonderung ab. Die Genossen im Lande haben doch bei der Auffstellung auch der Kandidaturen der Achtzehn es für ganz selbstverständlich betrachtet, daß die Kandidaten im Falle ihrer Wahl Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion zu sein haben und diese Mitgliedschaft aus eigenem auch nicht aufgeben dürfen. Ebenso natürlich ist, daß jeder Abgeordnete innerhalb der Fraktion volle Freiheit für die Vertätigung seiner Ueberzeugung hat, daß er für seine Meinung werden und an der gemeinsamen Beschlußfassung mitzuarbeiten hat. Sind dann aber die Richtlinien für das Wirken im Plenum festgelegt, dann hat keine Minorität das Recht, gesondert für sich vorzugehen!

An diesem Grundsatze dürfen wir nicht rütteln lassen, soll nicht die wildeste Desorganisation Platz greifen, sollen nicht Zustände herbeigeföhrt werden, wie sie früher in Frankreich und in Italien bei den dortigen Parteifraktionen bestanden, worüber die gesamte deutsche Sozialdemokratie — man denke an den internationalen Kongreß in Amsterdam — oft genug ihr ehrliches Bedauern aussprach. Wir dürfen auch deshalb jenen Grundsatze nicht preisgeben, weil die Anarchie in der Reichstagsfraktion weiterwirkend die Parteibewegung überhaupt schädigen müßte.

„Bielefelder Volksmacht“:

Die Spaltung der Fraktion ist zur Tatsache geworden! Und was das Bedauerlichste ist: zu dem Disziplinbruch hat der Sprecher der Zwanzig auch noch den Treubruch hinzugefügt. Das mußte jedes Zusammenarbeiten vergiften und auf die Dauer unmöglich machen. So hat sich denn die Fraktion genötigt gesehen, den Schritt zu tun, der die Einheitslichkeit in ihrem Handeln wieder herstellt: den Disziplinbrechern die Rechte der Fraktionsgemeinschaft abzukerkennen, was praktisch den Ausschluß aus der Fraktion bedeutet.

Die Gegner der Sozialdemokratie werden darüber ihre helle Freude empfinden. Mag sein, daß auch ihnen im Augenblick der Eindruck der Spaltung im Auslande unangenehm ist, weil aus dem Vorgang allzu leicht so etwas wie eine beginnende Zerföhrung des deutschen Volkes geföhrt werden kann. In sich aber werden sie über die Spaltung frohlocken, denn nun steht ihnen nicht mehr die einige geschlossene Sozialdemokratie gegenüber, die bis vor dem Kriege gewohnt war, mit der ganzen Macht ihrer Stimmen an den parlamentarischen Abstimmungen mitzuwirken und dadurch oft wichtige politische Entscheidungen herbeizuföhren. Nach vor wenigen Tagen hat die Welt erfahren, was dieser Einfluß bedeutet. Als die U-Bootleute eine vorzeitige und darum schädliche Erörterung der Kriegsföhrung im Reichstage vornehmen wollten, genügte der Einspruch der sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder und der Hinweis auf die Folgen des beabsichtigten Vorgehens, um diese Absicht zu vereiteln.

Werden die bürgerlichen Parteien sich jetzt noch schrecken lassen, wo die parlamentarische Vertretung der deutschen Arbeiterschaft in einer Zeit, die zum engsten Zusammenknecht mahnt, auseinanderzufallen droht? Es ist ein unverantwortliches, verbrocherisches Spiel, das die Haase und Genossen mit den Interessen der deutschen Arbeiterschaft getrieben haben. Ihnen ist es zu danken, wenn in den Massen Disziplin und Kameradschaftlichkeit, die größten Tugenden einer kämpfenden Partei, zum Gespött werden. Sie tragen die Verantwortung dafür, wenn die Arbeiterorganisationen Deutschlands in der Zeit der größten

Weltkatastrophe die Tummelplätze des leidenschaftlichen und zerstörenden Bruderkampfes werden.

„Volksblatt für Tuhalt“:

Der Fraktionsvorsitzende Ebert nannte in der Fraktion Haases Tat eine „unerhörte Treulosigkeit“. Wir ist kein Vorgang bekannt, so fügte er hinzu, „daß ein Genosse mit der Kameradschaftlichkeit so schindluder getrieben hätte, wie Haase“. Seit Haasemann! tief Genosse Fischer-Berlin dazwischen. Wollte die Fraktion nicht zum Gespött der Welt werden, so mußte sie zu dem unerhörten Vorgang Stellung nehmen und zwar sofort und nicht, wie Genosse Jädel es vorzöhl, erst nach Wochen! Was hätten die Parteigenossen von solcher Unentschlossenheit und Direktionslosigkeit denken sollen! Das hätte uns um den letzten Respekt gebracht.

Die Folgen der Spaltung der Fraktion bedeuten möglicherweise die Spaltung auch der Partei. Wir sind aber überzeugt, so sehr wir eine Spaltung bedauern würden, daß es sich dabei doch nur um eine Abspaltung handeln wird, die auf die Dauer für die Partei und der organisierten Arbeiterklasse bedeutungslos sein wird. Noch standen bisher Millionen Arbeiter im weitesten Sinne dieses Wortes der Sozialdemokratie fern. Bleibt die Mehrheit, wovon das Gegenteil zu tun sie gar keinen Anlaß hat, sich selber trennen, dann wird sie, was sie möglicherweise an die um Haase und Liebnicht verliert, reichlichst wiedergewinnen aus der noch so großen Zahl bisheriger Nichtsozialdemokraten.

„Lübecker Volkszeitung“:

So hat also die Fraktionsmehrheit ihr Kriegswerk gekrönt und die Vertreter des prinzipiellen Sozialismus vor die Tür geföhrt. Daß der fragliche Beschluß mit nur 58 gegen 33 Stimmen geföhrt wurde, müßte auch den Scheidemännern zu denken geben. Wie selbstverständlich jubelt die bürgerliche Presse unter Ausfällen gegen die Minderheit über diese „Spaltung der Partei“. Wir sehen die Dinge vorläufig noch kühl an. Spaltung der Fraktion ist noch nicht notwendig Spaltung der Partei. Ueber das letztere haben die Parteigenossen zu bestimmen, und wer vermöchte vorherhand zu beweisen, daß sie überwiegend der Politik der Mehrheit folgen.

„Braunschweiger Volksfreund“:

Wenn gegen die Aktion der Gruppe Haase der Einwand erhoben wird, daß sie ohne Verständigung der Fraktionsmehrheit erfolgt sei, so trifft dieser Einwand nicht die Aktion selbst, sondern resultiert aus der in sich widerspruchsvollen Haltung dieser Gruppe. Die formelle Fraktionsgemeinschaft mit der Mehrheit und praktische selbständige Aktion können nicht zusammen bestehen. Das Vorgehen ohne Benachrichtigung der Mehrheit war tatsächlich schon die Abspaltung der Fraktionsgemeinschaft.

Gäßen die 18 mit der nötigen Unzweideutigkeit und Entschlossenheit operiert, so ständen sie formell und persönlich besser da. Inubessen liegt es an ihnen, die Lehren zu ziehen. Sie mögen, statt mit dem einen Auge nach vorwärts auf die Massen zu blicken, und mit dem anderen über die Achsel nach den Jutangen rückwärts zu schielen, beide Augen nach vorwärts richten, und sie werden entschieden besser fahren.

Wir werden sie danach beurteilen, welche praktischen Konsequenzen sie aus ihrer selbständigen Konstituierung innerhalb und außerhalb des Parlaments ziehen. Jeder Schritt, der sich auf prinzipieller Höhe bewegt, wird von uns unterstützt werden, jede Ungenügsamkeit wird kritisiert werden; denn wir empfinden so wenig Respekt vor der selbständig konstituierten als vor der unselfständigen Ungenügsamkeit.

Wer nun noch innerhalb der Fraktionsmehrheit verbleibt, ohne ihre Politik zu billigen, wird vollends zur Passivität verurteilt sein. Wir sind einigermaßen neugierig, wie lange es wiederum dauern wird, bis diese elementare Einsicht denen zu Bewußtsein kommt, die es angeht.

Wie wird die Rückwirkung dieser zweiten Fraktionspaltung auf den Parteikörper, auf die Parteimitgliedschaft sein? Die Mitglieder werden sich allenthalben entscheiden müssen, wohin sie gehören. Die Klärung der Partei wird mächtig fortschreiten, und sie ist die Vorbedingung ihrer Neukonstituierung. Die jetzige Fraktionsmehrheit wird ihren sozialimperialistischen Charakter immer schärfer hervorkehren müssen. Sie muß zusehen, was sie an Anfang in den Massen hinter sich behält. Schnelligkeit und Tiefe der Scheidung der Geister werden abhängen von der Aktivität und Entschiedenheit der Opposition einerseits, dem Gang der Kriegereignisse, der inneren Politik, den Aktionen der Fraktionsmehrheit andererseits. Unsere Sache ist es nicht, zu prophezeien, sondern zu wirken.

„Freie Presse“ (Straßburg):

Daß die Verhältnisse innerhalb der Fraktion seit den Vorgängen am 21. Dezember die unerquidlichsten waren und zur Explosion führen würden, war für Eingeweihte kein Geheimnis. Nur daß die Spaltung der Fraktion auf so hinterhältige Weise betrieben wurde, verfehlt einen in Erstaunen. Genosse Hoch, einer der besten Freunde Haases, hatte am Freitag ein zutreffendes Wort gesprochen, als er seinem langjährigen Kampfgenosse Haase in offener Reichstagsfraktion den Vorwurf des Disziplinbruchs und der Hinterhältigkeit machte. Haase hat ja nun die Konsequenzen gezogen und auch den Vorstoß innerhalb des Parteivorstandes niedergelegt. Es war ein trauriges Bild für die Partei, daß gerade der Mann, der die Beschlüsse des Parteivorstandes hochhalten sollte, an der Arbeit war, das, was jedem Arbeiter heilig ist, die Disziplin, mit Füßen zu treten.

Die bürgerlichen Blätter kommentieren die Spaltung der Fraktion je nach der Parteirichtung. Am vorzüglichsten sind die rechtsstehenden Blätter. Sie glauben nicht an eine folgende Spaltung der Partei. Die Parteiblätter besprechen die Vorgänge innerhalb der Fraktion ebenfalls nach ihrer Stellungnahme. Soweit die Blätter den Standpunkt der Fraktionsmehrheit vertreten, finden sie scharfe Worte für das Verhalten Haases und seiner Gesolgsmänner. Das Organ der Minderheit, der „Vorwärts“, spricht von einer Klärung, betont aber ausdrücklich, daß es an eine Spaltung der Partei nicht glaube. Auch wir glauben nicht an eine Spaltung innerhalb der Partei. Wenn der Krieg zu Ende ist und die Parteigenossen alle wieder mitraten und mitarbeiten können, werden sie auf dem kommenden Parteitag schon die richtigen Worte und Entschlüsse finden. Mögen dann die, die sich nicht an Disziplin und Ordnung innerhalb der Parteigemeinschaft gewöhnen können, ruhig der Partei den Rücken kehren, an ihnen verliert eine Kampfsgemeinschaft, wie die Sozialdemokratie eine ist, nichts.

„Rheinische Zeitung“ (Ahn):

Heute soll nicht darüber geredet werden, ob sich diese Spaltung nicht hätte vermeiden lassen. Wir stehen vor der vollzogenen Tatsache und müssen sie anerkennen. Wenn es aber schon schlimm genug ist, daß eine fraktionelle Gemeinschaft der sozialdemokratischen Abgeordneten nicht mehr besteht und dadurch das Ansehen und der politische Einfluß der Partei bedenklich geschwächt wird; mit noch größerer Sorge erfüllt uns das Schicksal der Arbeiterbewegung im Lande draußen, die große Gefahr, daß die fressende Zwietracht nun auch allenthalben in die Organisationen eindringen und mörderische Bruderkämpfe entfachen könnte. In den Wahlkreisen der achtzehn Abgeordneten ist dieser Streit schon entbrannt. Die Gesamtpartei muß zu der Spaltung selbstverständlich Stellung nehmen und die Sonderbündelei verurteilen. Was aber dann, wenn sich, wie von einer Reihe jener Wahlkreise bestimmt zu erwarten ist, die Mehrheit innerhalb der Organisationen auf die Seite der abtrünnigen Abgeordneten stellt? Dann wird der bisher alles umfassende Organisationsrat ohne weiteres gesprengt und die Trennung sich auch in den einzelnen Orten, Wahlkreisen und Bezirksverbänden

hölzernen, wir werden vielerlei sozialistische Organisationen, Besonnen und vielfach auch geistliche Blätter, getrennte Parteitage, getrennte Wahlkampfe, wachsende auch Spaltung innerhalb der Gewerkschaften. Der Bruderzwang mit allen seinen ungeliebten Begleiterscheinungen und Folgen wird die deutsche Arbeiterbewegung befeuern und sie von ihrer hohen Höhe hinabstürzen. Die Feinde der Arbeiterbewegung werden sich vergnügen die Hände zu reiben.

Kursus für militärische Vorbereitung.

Zur theoretischen und praktischen Unterweisung der künftigen militärischen Jugendkompanien hat das Kriegsministerium einen Kursus veranstaltet, der aus allen Teilen des Landes besteht. Die Vorträge wurden in Sitzungsabende des Abgeordnetenhauses abgehalten. In der Begrüßungsansprache hob Oberst Ritter und Edler von Braun aus dem Kriegsministerium hervor, daß die neue Einrichtung sich bewährt habe.

Die Auffassung der Heeresverwaltung über die militärische Vorbildung der Jugend erläuterte Major Karwiese aus dem Kriegsministerium, in dessen Händen auch die geschäftliche Leitung der Konferenz lag. Der Zweck der militärischen Vorbereitung sei, auf der Grundlage der Schule, Fortbildungsschule und freiwilligen Jugendpflege, deren Tätigkeit nicht gestört werden solle, weiterzuarbeiten, um für das Heer ein tüchtiges Reservepersonal heranzubilden, ohne der Wehrtauglichkeit vorzugreifen. Dabei sind die Jugendlichen auf die Dienstwege besonders vorzubereiten, die im Kriege als wichtig hervorgetreten sind, wie der Grabenkrieg und der Nahkampf. Als Vorbildung für den Nahkampf und das Schießen können Staffschützen und Zielstellungen in Betracht. Die eigentliche Ausbildung mit der Waffe, auch die im Schießen, dürfte die Heeresleitung sich nicht aus der Hand nehmen lassen. Der Hinweis auf die Schweiz, wo Jugendliche Schießunterricht erhalten, sei unangebracht. Die Schweiz habe ein Milizsystem, wir dagegen ein Heereswesen. Die Verquickung militärischer Einrichtungen mit solchen des zivilen Lebens würde eine Belastung des öffentlichen Lebens bedeuten, die Landwirtschaft und Industrie auf die Dauer nicht ertragen könnten. Gegen einen Schießunterricht Jugendlichen in Kräfte-, Schützen- und ähnlichen Vereinen sei nichts einzuwenden, wenn diese Jugendlichen den militärischen Jugendkompanien angehören und von ihrem Führer die Erlaubnis zur Teilnahme am Schießunterricht erhalten haben. Mit der Freiwilligkeit der Teilnahme an den Übungen müsse man sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen abfinden. Strafen und Strafandrohungen gegenüber Nichtteilnehmenden entbehren der gesetzlichen Grundlage. Auch die Drohung, daß die an den Übungen nicht teilnehmenden Jugendlichen zum Heeresdienst einbezogen werden, seien unzulässig. Die Fortbildungsschule sei dagegen berechtigt, die militärischen Übungen in den Unterricht aufzunehmen und die Jugendlichen als Schüler zur Teilnahme zu verpflichten. Der Sonntag sollte zur Ruhe, Erholung, der Familie und der Kirche gehören. Ab und zu und auf dem Lande sogar öfters könnte trotzdem der Sonntag in Anspruch genommen werden. Die jungen Arbeiter in größeren Betrieben werden am besten in besonderen Jüngen zusammengefaßt, um die Interessen des Betriebes besser beachten zu können. Die Vertreter der Verbände, der Jugendpflegeorganisationen, der Landwirtschaft und der Gewerbe, der Arbeiterkassen, der Kirche und der Jugendvereine, auch die der noch abseits stehenden Vereine, sollten zu Beginn der Tätigkeit zu einer gemeinsamen Aussprache über ihre Wünsche eingeladen werden. Wer indessen mit der Ansicht der Heeresleitung über die militärische Vorbereitung nicht einverstanden ist, der bleibe lieber der Sache fern, er würde sie nur stören.

Ueber die Durchführung der militärischen Vorbereitung im Herzogtum Anhalt berichtete Landgerichtsrat Dr. Weyer, der Vorsitzende der Landeszentrale für Jugendpflege im Herzogtum Anhalt. Die oberste Leitung der Jugendwehr liege hier in Händen des Landesanschlusses für Jugendpflege, der aus den staatlichen Jugendpflegefonds in Höhe von 22 000 M. zu verwalten habe. Ohne die Vermittlung des Sonntag sei man nicht angekommen. Die Schule und die Vereine aller Parteien, wie Redner stark betonte, haben eine rege Mitarbeit für die Jugendkompanien betrieben. Trotzdem sei die Teilnehmerziffer, die am 1. Dezember 1914 6133 betrug, im Laufe eines Jahres unter Berücksichtigung der zum Heeresdienst Eingezogenen um 25 Proz. gesunken. Nur alljährlich Jugendliche scheuen die Opfer, die ihnen die Teilnahme auferlegt. Manche empfinden eine körperliche Ausbildung überhaupt als unangenehm, auch Arbeitgeber erschweren den Jugendlichen die Teilnahme an den Übungen, und schließlich sei die große Masse der jungen Arbeiter der Jugendwehr ferngeblieben oder hat sich von ihr abgewandt, weil die Zentrale für die arbeitende Jugend Deutschlands ihre Beteiligung abgelehnt hat. Wenn angesichts der ungeheuren Truppenmassen, die unsere Feinde gegen uns ins Feld führen und der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich — so bemerkt Redner zu den Leistungen der Zentralstelle (abgedruckt in Nr. 78 des „Vortwärts“ vom 19. März) — eine erhebliche Verkürzung der Dienstzeit gefordert wird, so könne man nur mit einem Kopfschütteln antworten. (Lebhafter Beifall.) Und jede Hoffnung auf eine Verständigung mit dieser Seite erscheint ausgeschlossen. Als Werbemittel für die Jugendwehr empfahl der Redner: Aufklärung in den Jugendvereinen, Besuch der Jugendwehren durch Vertreter der Militärbehörden, Zulassung der Jugend zu den Feuerwehren und Beförderung der herangebildeten Helfer zu Gefreiten und Verleihung von Abzeichen vor der ganzen Kompanie.

Hauptmann Ritschmann aus dem Kriegsministerium legte dar, wie sich das Heer seinen Rekrutenersatz wünscht, und wie die älteren Jahrgänge zweckmäßig zum Heeresdienst vorgebildet werden. Er bezeichnete die stilsichen und geistigen Eigenschaften als den Quell selbständiger Tätigkeit. Daneben sei körperliche Gewandtheit erforderlich. Das Heer kann diese Eigenschaften nur fördern, die Eigenschaften selbst müssen mitgebracht werden. Der beste Heeresersatz geht aus den Turn- und Sportvereinen hervor. Sie stellen aber nur 10 Prozent der Rekruten. Eine pflanzliche, lädenlose körperliche Ausbildung bis zum Eintritt ins Heer sei notwendig. (Lebhafter Beifall.) Es wäre aber ein Grundsatz, die körperliche Schulung auf Kosten der geistigen Bildung betreiben zu wollen. Die zeitgemäßen Gesetze erfordern selbständiges Denken und selbständiges Handeln jedes einzelnen Soldaten. Nach der Darstellung von Einzelheiten der militärischen Vorbereitung schloß der Redner mit dem lateinischen Spruch: Wer den Frieden will, rüfte zum Kriege!

Es wurden dann Erfahrungen aus Strrieben der Jugendkompanie mitgeteilt. Hauptmann der Landwehr, Stadtschulrat Professor Dr. Siedinger-Mannheim sprach über die Großstadt und Leutnant der Reserve Rahnke über die Verhältnisse auf dem Lande. Dr. Siedinger führte auch psychologische Gründe für das Abflauen der so großartig begonnenen Bewegung ins Feld. Dazu habe die Annahme, daß die Jugendkompanien die Jugendlichen für den Heeresdienst vorbereiten sollen, zur Ueberstimmung der Erwartungen und des rein Militärischen geführt. Die vom Kriegsministerium zuerst herausgegebenen Richtlinien boten der rein militärischen Ausbildung weitestens Spielraum. Die Veranschaulichung und Verwirklichung des militärischen Gedankens habe der Jugendwehr die Willkür der Pädagogen und vieler Lehrer eingetragen. Die für die Gesundheit der Jugendlichen schädlichen Uebertreibungen, die oft vorgekommen sind, haben auch die Eltern gegen die Jugendwehr aufgebracht. Nur wenige Arbeitgeber geben den Jugendlichen für die Übungen die Fortzahlung des Lohnes frei. Redner fordert staatliche Unterstützung aller Turn- und Sportvereine, Anweisungen von autoritativer Stelle aus an alle Schulen, im Rahmen des Unterrichts körperliche Ausbildung zu betreiben und für die älteren Jahrgänge der Jugendwehr die Einführung von Schieß- und Schießübungen, Schießen, Fichten und Handgranatenwerfen sind

die besten Werbemittel für die älteren Jahrgänge. (Lebhafter Beifall.)

Leutnant Rahnke-Königsberg brachte zum größten Teil dieselben Klagen vor und stellte den Arbeitgebern ein schlechtes Zeugnis über ihr soziales Pflichtgefühl aus. Als Werbemittel hat er mit gutem Erfolge Kriegselternabende, auf denen er Ansprachen gehalten hat, veranstaltet.

Wie die Schule auf den Heeresdienst vorbereiten kann, behandelte Dr. Diebow, Direktor der preussischen Landesturnanstalt. Er leitete seine Rede ein mit einer Lobpreisung auf den Militarismus, den er als die Kraftquelle des Volkes bezeichnete. Militarismus und Wehrkraft scheinen dem Redner gleiche Begriffe zu sein. Die geistige Vorbereitung der Jugend auf den Heeresdienst, deren Bedeutung Hauptmann Ritschmann anschaulich geschildert hatte, erschöpft sich nach der Auffassung des Redners in der Pflege vaterländischer Gesinnung. Die Bedeutung des Turnens und des Wanderns für die Wehrfähigkeit schilderte er mit starkem Pathos. In der Schule seien diese Wehrübungen im letzten Jahrzehnt besonders gefördert worden. Das Turnen sollte auch in den Fortbildungsschulen für beide Geschlechter Pflichtfach werden. (Lebhafter Beifall.) Dem Turnen müsse mehr Zeit gewährt werden, am besten sei tägliches Turnen. Ueberall müssen geeignete Turnräume und Plätze verlangt werden, mindestens in erreichbarer Nähe. Andernfalls sind zum Besuche von Anwesenheitsstätten billige Fahrpreise zu bewilligen.

Den Wert der Turn- und Sportvereine für den Heeresdienst schilderten der Vorsitzende des Berliner Turnrats Prof. Dr. Reinhardt und Generalleutnant des Reichsausschlusses für olympische Spiele Leutnant der Reserve Diem. Dr. Reinhardt, der daran erinnerte, daß das Vereinswesen hier ist als das Säuglingsalter, trat für den gemilderten Zwang für Wehrübungen ein. Jeder Jugendliche soll nur verpflichtet werden, Wehrübungen zu treiben. Die Wahl der Vereine sei ihm freizustellen. Beim Hören dieser Vorträge konnte man sich in der Tat des Eindrucks nicht entziehen, daß die in den Turn- und Sportvereinen geleistete Arbeit, insbesondere das Turnen, vollst. genügt, um den Jugendlichen die Fähigkeiten anzuerkennen, die nach den Erklärungen der Vertreter des Kriegsministeriums das Ziel der militärischen Vorbereitung sein sollen.

Dieser Eindruck wurde noch bekräftigt durch die Vorfahrungen der Jünglinge der Deutschen Turnerschaft in der Turnhalle in der Gormannstraße. Das vielseitige Geräteturnen, die Gantel-, Kletter-, Lauf-, Wurfübungen, wie sie in jedem Turnverein üblich sind, ermöglichen eine abseitige, harmonische Ausbildung des Körpers, eine Steigerung des Mutes und Hebung der Entschlossenheit. Die recht einfachen Ordnungsgesetze einer militärischen Jugendkompanie im selben Räume zeigten auch neue die Ueberlegenheit des Turnens gegenüber der Ausbildungsmethode in den Jugendkompanien. Weitere praktische Vorfahrungen von Jugendkompanien wurden im Gelände geboten. Sie gewährten einen lehrreichen Einblick in das Wesen der militärischen Vorbereitung als Vorträge es vermögen. Auf dem Exerzierplatz in Charlottenburg führten am Freitagvormittag zwei Kompanien höherer Schulen Marschübungen in geschlossener und offener Ordnung mit Bewegung in Schützenlinien, Hin- und Herbewegungen, Übungen im Erdboden- und Weidewesen, Entfernungsübungen, Kartenspielen, Signaldienst und Erlernen beweglicher Ziele vor. Major Karwiese wies hierbei mit Recht darauf hin, daß die Befähigung zur Erfüllung dieser Aufgaben, die die Schüler spielend leicht ausführen, in dem eigentlichen Schulunterricht erzieht werde. Auch bemerkte er auf einen Einwand hin, daß diese Übungen wohl einen militärischen Charakter tragen. Dagegen sei nichts einzuwenden, wenn der Rekrutenersatz in Heere nicht vorgegriffen wird. Auf dem Exerzierplatz in der Hasenheide wurden am Sonnabendvormittag von der Jugendkompanie Reutlin Bionierdienste ausgeführt. Die Kompanie trägt eine einheitliche Kleidung, die von der Stadt geliefert worden ist. Wegen einer solchen Uniformierung der Jungmannen, meinte Major Karwiese, ist nichts einzuwenden, da sie von der Uniform der Soldaten deutlich zu unterscheiden ist. Von dieser Kompanie, der auch junge Arbeiter angehören, wurde nach streng militärischem Kommando das Ausheben von Schützengräben, das Bauen von Weiden, der Kampf im Schützengraben unter Benutzung der Handgranate, das Absperrn eines Grabens nach teilweiser Besetzung durch den Feind gezeigt, freilich ohne das feindliche Feuer, unter dem besonders die letzte Tätigkeit im Kriege ausgeführt werden muß und daher, wie ein Offizier erst bemerkt, große Opfer kostet. Ferner wurde die Anlage des Lagerfeuers und des Heilzuges sowie der Samariterdienst vorgeführt. Den Abschluß bildete der Lauf durch eine Hindernisbahn. Die einzelnen Hindernisse, Graben, Wände, Eisengitter, Leiter und Stangen, wurden streng militärisch, auf Kommando, überwunden.

Die Hindernisbahn gibt die Dichtung für das Turnen, sagte Major Karwiese zutreffend.

Nach einer kurzen Ansprache des Vertreters des Kriegsministeriums, Erziehung von Wandel, in der er den Ruf zum Vorkriegsstand des Krieges abstattete, hielt, wie am Tage zuvor, an die Jungmannen Erziehung von Wachs eine Rede, in der er durch ein Hoch auf Kaiser und Reich die Jugendlichen verpflichtete, in diesem uns aufgewungenen Kriege durchzuhalten bis zum endgültigen Siege.

Am Schluß der Tagung wurde die militärische Vorbereitung vom ärztlichen Standpunkte aus beleuchtet. Dr. Lewandowski wies auf die gesundheitlichen Gefahren, die der Jugend, besonders durch die Berufsarbeit hervorgerufen, drohen, und zeigte, wie notwendig eine gesundheitliche Ueberwachung der schulentlassenen Jugend ist. Leider gibt es erst in wenigen Städten Fortbildungsschulärzte. Die militärische Vorbereitung werde die Jugendärzte fördern. Er schilderte, wie die einzelnen Übungen ärztlich zu überwachen seien. Dabei mußte er aber feststellen, daß aus Mangel an Personal eine ärztliche Ueberwachung der Übungen bisher nicht durchgeführt war. Redner fordert schließlich die besondere Heranbildung von Jugendärzten, die der Jugend als Ärzte und Lehrer zur Seite stehen.

Oberstabsarzt Dr. Martinek aus dem Kriegsministerium berichtete, daß der Jahrgang 1897 bei der Musterung von allen Ärzten als ein guter bezeichnet worden ist. Die Zahl der Dienstunfähigen war auffallend gering. Auch zeigten die jungen Leute große patriotische Begeisterung. Diese Erfolge lämen zum Teil wohl der Schulhygiene und sozialen Versicherung zugute, aber sicherlich seien sie zum größten Teil dem Turn- und Jugendvereinen und der militärischen Vorbereitung zuzuschreiben.

Bemerkenswert ist, daß fast alle Redner unter dem lebhaften Beifall der Versammlung die gesetzliche Einführung des Zwanges für die militärische Vorbereitung forderten.

Am Sonntag wurden im Stadion sportliche Leistungen vorgeführt zur Veranschaulichung, in welcher Weise der Sport auf den Heeresdienst vorbereiten kann. Das Programm war daher mit sportlich-militärischen Übungen durchsetzt. Es gab ein Hindernislaufen durch Drahtverhaue, Wassergräben, über Hecken und Wände, außerdem Handgranatenwerfen aus dem Schützengraben, Speer- und Diskuswerfen und andere sportliche Leistungen. (z)

Politische Uebersicht.

Statdebate des Herrenhauses.

In einer einzigen Sitzung hat das Herrenhaus am Mittwoch den Etat erledigt. Die knappe Zeit genügte, um allen politischen Wünschen und Ideen des Herrenhauses Ausdruck zu geben. Das geschah zunächst in dem Ausschussbericht des Grafen Seidlitz-Sandrezki. Er erklärte, daß das deutsche Volk das verwerrliche und landesverräterische Treiben einer Rinderheute verabscheue, die das einmütige Zusammenstehen von Heer und Nation zu stören versuche. Die Aufrollung der Wahlrechtsfrage in der Kriegszeit könne nur die Stimmung schädigen.

Wie der Berichtsteller weiter mittelte, hat der Minister des Innern im Ausschuss anerkannt, daß gegen solche vaterlandlose Gesinnung, wie sie in gewissen Reden im Abgeordnetenhaus hervorgetreten sei, mit aller Schärfe vorzugehen sei. Da jedoch ein großer Teil der früher radikalsten Elemente den Wunsch gezeigt und bestätigt habe, in Zukunft andere Bahnen zu wandeln, so werde man wohl abwarten müssen, statt gleich die schärfsten Mittel anzuwenden.

Auf einige Bemerkungen des Grafen Seidlitz, daß Höchstpreise nicht immer das beste Mittel zur Sicherung der Volksernährung seien, antwortete der Landwirtschaftsminister v. Schorlemer mit der Mitteilung, daß die Ernteaussichten günstig, die Hauptschwierigkeiten bei Futter und Milch überschritten und genug Kartoffeln im Lande seien. Der Minister schloß mit einer Mahnung zur Einstellung der Vorwürfe zwischen Produzenten und Konsumenten.

Darauf folgte eine gemeinsame Erklärung des ganzen Herrenhauses, vorgelesen von Graf Vehr-Behrenhoff. Es wird darin gesagt, daß das Herrenhaus dem Regierungsvorbehalt der Kontrolle der auswärtigen Politik für den Reichstag so allgemein nicht zustimmen könne. Die Erklärung wünscht gleichfalls Freigabe der Kriegszieleförderung.

Danach wurde der Etat angenommen.

Donnerstag: Kleine Vorlagen.

Die U-Boot-Frage vor der Budgetkommission.

Berlin, 29. März. (W. L. B.) In der Budgetkommission des Reichstages wurde heute die Besprechung der U-Boot-Fragen fortgesetzt. Von sämtlichen Parteien wurden sehr eingehende Ausführungen gemacht, in denen die Anschauungen der Antragsteller aller Richtungen bis ins kleinste zum Ausdruck kamen. Der Reichskanzler und der Staatssekretär des Reichsmarineamtes nahmen erneut das Wort. Dazu kamen längere wirtschaftliche Darlegungen des Staatssekretärs des Reichsschatzamtes. Es wurde allgemein anerkannt, daß die Mitteilungen der Reichsregierung die zur Besprechung stehenden Fragen außerordentlich offen und vertrauensvoll behandelt haben. Die Diskussion, die an diese Mitteilungen anknüpfte, erstreckte sich über das gesamte Gebiet der wirtschaftlichen und politischen Fragen und zog das militärische Moment soweit heran, wie es zur Klärung der Ansichten erforderlich war. Die Vertraulichkeit dieser Erörterungen und der ihnen zugrunde liegenden Regierungserklärungen schließt nähere Mitteilungen für die Öffentlichkeit aus. Hervorgehoben wurde von Mitgliedern der Kommission, daß den Antragstellern jeder Eingriff in die Kommandogewalt fernzulegen habe. Der Reichskanzler erkannte die patriotischen Motive der Antragsteller ausdrücklich an. Die ganze Erörterung in der Kommission war von entschlossenem vaterländischem Geiste getragen. Darüber, daß der Krieg zur See mit den für die erfolgreiche Durchführung des Krieges wirksamsten Mitteln zu führen ist, herrschte volle Einigkeit. Die Verhandlungen der Kommission haben einen Verlauf genommen, der die allgemeine Zuversicht in den Erfolg unserer Waffen stärken wird. Vor der Vertagung sprach der Vorsitzende unter Zustimmung der Kommission dem Reichskanzler den Dank für seine Mitwirkung an den Verhandlungen aus.

Wichtig lesen!

Der Reichstagsabgeordnete Licentiat Rumm schreibt den „Berliner Neuesten Nachrichten“:

„In Ihrem Blatte lese ich: „Die geschichtlich Gebildeten dürfen weiter schweigen.“ Sie weisen dann darauf hin, daß Belgien nur ein Verräter zufälliger, kurzlebiger und verlegener politischer Staatsbildung war, und weisen darauf hin, daß von alledem nichts gesagt werden darf.

Nach meiner Kenntnis der Schlage ist das irrig. Gewiß kann nicht alles gesagt werden, was man gern sagen möchte, aber gerade die geschichtlich Gebildeten unseres Volkes, die zur Tagespresse Stellung haben, tun nach meinem Empfinden nicht, was zur Stunde nötig wäre. Gewiß liegt man hier und da in den baltischen Provinzen. Man liest aber noch viel zu wenig davon. Die geschichtlich Gebildeten sollten unsere Presse weit mehr, als das geschieht, bedienen und von der Vergangenheit von Estland, wie von der Vergangenheit von Kurland, vom niederdeutschen Volksstamme und vom deutschen Ritterorden sprechen.

Es mag mitunter un bequem sein, den Leuten Sach solchen Artikels in der Feder zurückhalten zu müssen. Aber ist es immer nötig, das Tipfelchen auf das i zu setzen? Der Artikel geschichtlicher Art zu lesen versteht, wird sich das Tipfelchen schon selbst herauszufinden verstehen! Wir viel überlasteten Volkster können nicht immer so, wie wir möchten, in der Vergangenheit schwärmen; darum möchte ich diesen Ratschlag an die „geschichtlich Gebildeten“ ergehen lassen: Schreibt aus der Vergangenheit, was für die Gegenwart zu wissen nötig ist; die Schlussfolgerungen werden die Leser schon ziehen, solange es nicht möglich ist, die Schlussfolgerungen auszusprechen!“

Keine Wiederholung des Wehrbeitrags.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt unter der Ueberschrift „Zur Frage der Reichsteuern“:

„Eine Leipziger Zeitung hat gelegentlich einer Besprechung der ersten Lesung der Steuervorlagen die Bemerkung gemacht, sie glaube zu wissen, daß neben der Kriegsgewinnsteuer eine zweite direkte Reichsteuer — gemeint ist ein neuer Wehrbeitrag — im Reichsschatzamt mit freudigem Dank angenommen werden würde.

Wir stellen dieser Bemerkung die klaren und unzweideutigen Erklärungen gegenüber, die der Staatssekretär des Reichsschatzamtes bei der ersten Lesung im Reichstag abgegeben hat.

Am 16. März hat der Reichsschatzsekretär erklärt:

„In Rücksicht auf die Erhaltung der finanziellen Existenzgrundlagen der Einzelstaaten und Kommunen kommt deshalb nach der bestimmten Auffassung der Verbündeten Regierungen im Kreise der steuerlichen Steuermahnahmen, die wir Ihnen vorstagen, als direkte Kriegsteuer nur die Kriegsgewinnsteuer in Frage.“

Am 22. März hat der Reichsschatzsekretär erklärt:

„Ich habe bei der Einbringung der Vorlagen hier zum Ausdruck gebracht, daß die Verbündeten Regierungen in Würdigung der Verhältnisse, die ich soeben die Ehre hatte, vor Ihnen auszusprechen, der bestimmten Ansicht sind, daß außer der Kriegsgewinnsteuer eine weitere direkte Besteuerung für das Reich im Kreise dieser Vorlagen nicht in Frage kommen kann.“

Es ist unerfindlich, wie angesichts dieser bestimmten Äußerungen das Leipziger Blatt glauben kann, zu seiner Bemerkung irgendeinen Anhaltspunkt zu haben.“

Steuerdebatte im sächsischen Landtage.

Die Zweite Kammer verhandelte in der Schlussberatung über die Landessteuern und die sozialdemokratischen Anträge, die eine gründliche Steuerreform, Einführung direkter Reichsteuern und Verteilung der indirekten Steuern in Staat und Reich fordern. Der sozialdemokratische Redner vertrat in einer einstündigen Rede noch einmal den Standpunkt, von dem aus die Anträge gestellt waren. Ihre Tendenz geht auf eine Entlastung der breiten beschafften Massen mit wenig Einkommen und weientlich stärkere Heranziehung der Vermögens entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. — Der Finanzminister wandte sich in längerer, scharf ablehnender Ausführungen dagegen. Er glaubte besonders einen Trümpf damit auszuspielen, daß er mit Zitaten von Dr. v. Haller, Koll und Artikel der „Sozialistischen Monatshefte“ die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion bekämpfte. Der sozialdemokratische Redner bemerkte dazu, daß seine Fraktion jede Verantwortung für die fraglichen Äußerungen einzelner Sozialdemokraten ablehne und die „Sozialistischen Monatshefte“ kein Organ der Partei seien. Maßgebend wären die Steuergrundzüge der sozialdemokratischen Gesamtpartei. Weiter kam es noch zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Sozialdemokraten und den Nationalliberalen. Die sozialdemokratischen Anträge wurden schließlich mit geringer Mehrheit gegen 30 Stimmen (Sozialdemokraten und Fortschrittler) abgelehnt. Unsere Genossen, teilweise auch die Fortschrittler, stimmten darauf gegen die indirekten Steuern des Staats.

Steuererhöhung in Bayern.

Im Finanzausschuß der Kammer der Reichsräte erklärte Staatsminister von Preunig, daß der ursprüngliche Gehaltbetrag des Budgets von 19 Millionen auf 38,1 Millionen sich erhöhen werde, was eine Steuererhöhung von 53 Proz. anstatt, wie angenommen, von 25 Proz. notwendig mache.

Die Steuerkommission des Reichstages.

Die den Genossen Dr. Gradnauer statt des aus der alten Fraktion ausgeschiedenen Genossen Würm zu ihrem Vorsitzenden gewählt hat, trat am Mittwoch zu ihrer ersten Sitzung zusammen. In Rücksicht auf die gleichzeitig stattfindenden hochpolitischen Debatten des Haushaltsausschusses, denen die Mitglieder der Steuerkommission beizuwohnen wünschten, wurde beschlossen, in die sachlichen Beratungen noch nicht einzutreten. Auf Vorschlag des Zentrums beschloß die Kommission weiter, nicht mit der Tabaksteuer zu beginnen, wie in der konstituierenden Sitzung in Aussicht genommen worden war, sondern mit den Postabgaben, und im Anschluß daran den Frachturkundenstempel in Betrachtung zu nehmen. Begründet wurde der Vorschlag damit, daß nachteiligerweise bei den Tabakabgaben ein Abstrich gemacht werden könnte, wenn bei den Verkehrssteuern ein Mehrertrag zu erzielen wäre. Unsere Genossen hielten an der ersten Vereinbarung fest. Genosse Wolfenbühler wies darauf hin, daß etwaige Änderungen, die infolge der Umgestaltung später beratener Vorlagen an der zuerst beratenen für nötig erachtet werden, noch in der zweiten Lesung vorgenommen werden können. Unsere Genossen blieben mit ihrer Ansicht in der Minderheit. — Wie man hört, trägt man sich im Zentrum mit dem Gedanken, den Quittungstempel zu einer Umsatzsteuer mit einer ins einzelne gehenden Staffelform der Steuerjahre umzugestalten. — Die nächste Sitzung findet Donnerstag nachmittags 2 Uhr statt.

Erlaß von Strafen in den Reichslanden.

Der Kabinettsersaß vom 8. Februar 1915 über die Niedererschlagung von Straßverletern ist nach der amtlichen „Straßburger Korrespondenz“ unter dem 20. März d. J. dahin erweitert, daß die bisher noch nicht niedergeschlagenen und noch nicht rechtskräftig erledigten Untersuchungen gegen Personen, die vor dem 20. März die Eigenschaft als Kriegsteilnehmer erlangt haben, wegen der in dem erwähnten Erlaß bezeichneten Straftaten niedergeschlagen worden, wenn die Straftaten vor diesem Tage und vor der Einberufung des Täters zu den Bahnen begangen sind.

Auch in diesen Fällen erfolgt die Niedererschlagung unter der Bedingung, daß nicht der Täter durch militärisches Urteil mit Entfernung aus dem Heere oder der Marine oder mit Dienstentlassung bestraft ist oder bestraft werden wird, oder, wenn er keine Person des Soldatenstandes ist, mit Rücksicht auf eine Straftat seine Eigenschaft als Kriegsteilnehmer verloren hat oder verlieren wird.

Weiter werden den Teilnehmern an dem gegenwärtigen Kriege die vor ihrer Entlassung von den Bahnen durch Urteil oder Strafbeschluß eines sächsisch-berlinerischen Zivilgerichts einschließlich der auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand gebildeten außerordentlichen Kriegsgerichte oder durch Strafbeschluß einer sächsisch-berlinerischen Verwaltungsbehörde wegen der vor der Einberufung zu den Bahnen begangenen Straftaten bis zum 20. März rechtskräftig erkannten Strafen, soweit sie noch nicht vollstreckt oder erlassen sind, einschließlich der Nebenstrafen und der rechtskräftigen Kopien in Gnaden erlassen, sofern die einzelne Strafe oder ihr noch nicht vollstreckter Teil nur in Verweis, Geldstrafe, Haft, Festungshaft bis zu einem Jahre einschließlich oder Gefängnis bis zu einem Jahr einschließlich allein oder in Verbindung miteinander oder mit Nebenstrafen besteht.

Der Erlaß der Nebenstrafen erstreckt sich indessen nicht auf die nach § 42 Absatz 1 des Militärstrafgesetzbuches von Rechts wegen einzusetzenden militärischen Ehrenstrafen. Die vorstehend bezeichneten Strafen sind auch dann erlassen, wenn sie zu einer Gesamtstrafe vereinigt sind; jedoch tritt in diesem Falle der Straferlaß nur ein, wenn der Gesamtertrag der Strafe oder sein noch nicht vollstreckter Teil das oben bezeichnete Maß nicht übersteigt.

Auf die Strafen, die von einem der mit anderen Bundesstaaten gemeinschaftlichen Gerichte erkannt sind, findet dieser Erlaß Anwendung, soweit die Ausübung des Begnadigungsrechtes in dem betreffenden Falle dem Kaiser zugeht.

Wahltag der Züricher Genossen.

Bei der Neuwahl zum Züricher Stadtrat gewannen die Sozialdemokraten sieben Sitze. Die Gegenüberstellung mit der letzten Wahl zeigt folgendes Bild: es wurden gewählt:

	1913	1916	+ Gewinn - Verlust
Sozialdemokraten . . .	53	60	+ 7
Freisinnige	38	38	0
Christlichsoziale	8	8	0
Demokraten	17	15	- 2
Bürgerverband	9	4	- 5
	125	125	

Aus der Partei.

Stellungnahme zur Fraktionspaltung.

Der Vorstand des Wahlvereins des sechsten Berliner Reichstagswahlkreises beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit den Vorgängen innerhalb der Reichstagsfraktion. Nachfolgende Entschliebung gelangte mit 48 gegen 1 Stimme zur Annahme:

Der Vorstand des sechsten Kreises billigt die Haltung der 18 Genossen im Reichstage. Derselbe erklärt es für seine Pflicht, die konsequente und prinzipielle Politik der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft mit allen Mitteln zu unterstützen. Er beauftragt seine Vertreter im Zentralvorstand, in diesem Sinne zu wirken.

Eine Nichtbilligung des Genossen Dittmann.

In der Mehrheitserklärung der Reichstagsfraktion sprach Genosse Dittmann der „Verglichen Arbeiterkammer“:

Die von der Fraktionsmehrheit angenommene Erklärung gegen Genossen Daase und seine Freunde ist voller Unsicherheit. Es wird in ihr behauptet, daß die Fraktion beschloß habe, von einer politischen Debatte beim Rotenrat Abstand zu nehmen. In Wahrheit ist darüber, ob im Plenum zum Rotenrat geredet werden solle, in der Fraktion nicht einmal geredet, geschweige denn beschloß worden. Die Aussprache in der Fraktion drehte sich vielmehr ausschließlich darum, ob erstens der Rotenrat zu bewilligen oder abzulehnen sei und ob zweitens Einspruch gegen die Vornahme der zweiten und dritten Lesung am selben Tage erhoben werden solle. Die Abstimmung zum Rotenrat wurde mit 41 gegen 36 Stimmen beschlossen. Der Verabschiedung des Rotenrats in zweiter und dritter Lesung sollte nicht widersprochen werden. Das sind die Beschlüsse, die am Ende der Debatte gefaßt worden sind. Es ist aber nicht beschlossen worden, „von einer politischen Debatte beim Rotenrat Abstand zu nehmen“. Ob, wie und von wem im Plenum zum Rotenrat zu reden sei, darüber ist überhaupt in der Fraktion kein einziges Wort gesagt worden. Auch Genossen Scheidemann ist von der Fraktion nicht der Auftrag erteilt worden, im Plenum das Wort zu nehmen. Die Behauptung zum Reden hat er lediglich aus seiner Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender hergeleitet, wie auch die Behauptung, daß „von einer politischen Debatte beim Rotenrat Abstand zu nehmen“ sei, lediglich eine Folgerung aus dem Beschluß ist, den Rotenrat zu bewilligen. . . .

Liefer geht's nicht mehr.

In einer Reihe karnevalsähnlicher politischer Scharzfragen, die die berüchtigte Baumölzeitschrift „N. N.“ (das Organ für polemische Parteivergiftung und internationale proletarische Zerrüttung) in ihrer neuesten Nummer aufwirft, befindet sich auch die nachfolgende Parabel:

„Ist es erlaubt, den Vorsitzenden der sozialdemokratischen preussischen Landtagsfraktion, den „Amserner“ Paul Hirsch, zu fragen, ob er nicht merkt, daß die Reaktionen mit diebischer Freude an den Reden Diebstahls, Sträubels und Adolf Hoffmanns diese Abgeordneten immer wieder zu Wort kommen lassen, ja geradezu zum Wort einladen, während sie doch sonst gar nicht so vergnügungsfähig sind? Und daß die gegen Sträubel beliebte ungerechtfertigte letzte Wortentziehung ungemein geeignet erscheint, dieselben klaren Sachverhalte zu trüben, so daß der Spieß beliebig weiter getrieben werden kann?“

Würde man dergleichen ernst nehmen, so könnte es nur den Sinn haben, das doch wahrlich nicht gerade der Königlich preussische Dreiklassenhaus zu noch rechtsloseren Reaktionen zu erziehen, als sie dort ohnehin im Schwanze sind; es anzuregen, den Fraktionsrednern der sozialdemokratischen Landtagsfraktion die lächerliche Redefreiheit noch schamloser einzunehmen, als das der Fall ist. Das wäre allerdings ein Vorgehen, das innerhalb einer Partei auch in den ausgegrenzten Zeiten und in Zuständen der abelhaftesten Korruption noch nicht dagewesen wäre. Wenigstens innerhalb einer bürgerlichen Partei.

Aber vielleicht können sich die sozialistischen und gewerkschaftlichen Leuchten, die in der N. N. ihr Unwesen treiben, gar nicht vorstellen, daß auch ein reaktionäres Volksparlament ein Maß von politischer Duldung und politischem Anstand zu üben vermag, das gegen die wüste Verfolgungsjagd jener proletarischen „Freiheitskämpfer“ möglichst abtut, die in der N. N. die deutsche Sozialdemokratie der Verachtung aller anständig Empfindenden im In- und Ausland preisgegeben bemüht sind.

Der „Anruf an die Partei“.

den der Parteivorstand, der Vorstand der Reichstagsfraktion und der Parteiauslaß am 27. März erlassen haben, ist auch als Flugblatt erschienen. Vesteilungen auf dieses Flugblatt sind an die Adresse des Parteivorstandes, W. Pfannkuch, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu richten.

Vereinbarung im Berliner Lederwaren- und Galanteriegewerbe.

In einer statt besuchten Versammlung des Sattler- und Portefeulienverbandes und des Buchbinderverbandes referierte Weinschild über folgende Vereinbarung, die zwischen der Vereinigung der Lederwaren- und Reißartikelhersteller Berlins einerseits und dem Verbands der Sattler und Portefeulien, Ortsverwaltung Berlin, und dem Deutschen Buchbinderverband, Ortsverwaltung Berlin, für die Berliner Album-, Matten- und Galanterieindustrie und für die Berliner Album-, Matten- und Galanterieindustrie andererseits getroffen wurde. Danach werden die Tarife vom 19. Juni 1911 und vom 30. Juni 1911 um ein Jahr, also bis zum selben Tage des Jahres 1917, verlängert. Nach der Vereinbarung sollen die Tarifhöhen aller Arbeiterkategorien eine Preissteigerungsgulage bis zu 10 Pf. pro Stunde erhalten. Besonders wichtig ist der Passus, der den bei den Zwischenmeistern beschäftigten Arbeitern die Teuerungsgulage sichert. Die Vereinbarung ist bereits von der Berliner Fabrikantenvereinigung angenommen worden. Die Vereinbarung hat rechtsverbindliche Wirkung.

Die Versammlung stimmte noch langer Debatte gegen eine erhebliche Minderheit der Vereinbarung zu.

Soziales.

Fachauschüsse für Hausarbeit.

Der Bundesrat hat die von ihm unter dem 18. Juni 1914 erlassenen Bestimmungen über Fachauschüsse durch folgende im „Reichsanzeiger“ gestern abend veröffentlichten Bekanntmachungen vom 27. März 1916 geändert:

Die Bestimmungen über Fachauschüsse für Hausarbeit vom 18. Juni 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 221) werden dahin geändert:

1. § 4 erhält folgende Fassung:
Als Vertreter der Gewerbetreibenden oder der Hausarbeiter sowie als Stellvertreter für sie dürfen nur solche männlichen oder weiblichen Personen ernannt oder gewählt werden, welche Deutsche sind und das dreißigste Lebensjahr vollendet haben. Gewerbetreibende dürfen als Vertreter der Hausarbeiter oder als Stellvertreter für sie nicht ernannt oder gewählt werden.
2. § 8 erhält folgende Fassung:
Als Gewerbetreibende im Sinne des § 4 Abs. 2 gelten solche gewerblichen Unternehmer, welche für gewöhnlich mindestens einen Hausarbeiter beschäftigen, sofern sie nicht selbst Hausarbeiter im Sinne des Hausarbeitsgesetzes sind.

Sind im Bereiche des Fachauschusses Personen in der Weise tätig, daß sie selbst in eigenen Betriebsstätten (Arbeitsstätten) eine oder mehrere Personen gegen Lohn beschäftigen und zugleich für Gewerbetreibende außerhalb deren Betriebsstätte Arbeit an Hausarbeiter übertragen (sogenannte Zwischenmeister), so setzt die Aufsichtsbehörde (§ 22) die Grundsätze fest, nach denen sich bestimmt, inwieweit diese Personen zu den Gewerbetreibenden im Sinne des § 4 Abs. 2 zu rechnen sind.

Den Gewerbetreibenden im Sinne des § 4 Abs. 2 stehen ihre gesetzlichen Vertreter und die bevollmächtigten Leiter ihrer Vertriebe gleich.

Durch die neue Verordnung sind einige Vorschriften der Bestimmungen vom 18. Juni 1914 in Fortfall gekommen. Es

ist in Fortfall gekommen, daß als Vertreter der Gewerbetreibenden nur gewählt werden darf, wer mindestens ein Jahr hindurch als Gewerbetreibender derjenigen Gewerbebranche oder Teilen von Gewerbebranchen, für welche der Fachauschuss oder die Abteilung errichtet ist, im Hauptberufe angehört oder angehört haben, bezügl. ist die entsprechende Voraussetzung für die Wahl zu Vertretern der Hausarbeiter fortgefallen, nach der sie mindestens ein Jahr als Hausarbeiter, als Hausgewerbetreibende oder als gewerbliche Arbeiter derjenigen Gewerbebranchen oder Teilen von Gewerbebranchen im Hauptberufe angehört oder angehört haben, für welche der Fachauschuss oder die Abteilung errichtet ist. Endlich ist die Bestimmung beseitigt, nach der die Aufsichtsbehörde bestimmen konnte, daß auch Personen, welche für Gewerbetreibende außerhalb deren Betriebsstätte Arbeit an Hausarbeiter übertragen, ohne daß sie selbst eine Betriebsstätte besäßen (Ausgeber, Faktoren, Fernen) als Gewerbetreibende im Sinne des § 4 zu gelten haben. Das Hausarbeitsgesetz selbst ist durch die neue Verordnung nicht geändert.

Unbezahlte Ueberstunden.

Bei der Firma „Elektrische Beleuchtungskörper“ G. m. b. H. war von Oktober d. J. bis Januar d. J. ein Monteur beschäftigt, der die von der Firma verkauften Beleuchtungskörper in den Wohnungen der Kunden anzubringen hatte. Die Art der Arbeit brachte es mit sich, daß der Monteur fast regelmäßig Ueberstunden machte. Bezahlt wurden ihm die Ueberstunden jedoch nicht. Er verlangte deshalb durch Klage beim Gewerbegericht, daß ihm die Ueberstunden, deren Zahl er nicht angeben, sondern nur schätzen konnte, mit 300 M. bezahlt werden.

Die besagte Firma machte den Einwand, der Kläger sei gar nicht aufgefordert worden, Ueberstunden zu machen. Im Gegenteil, ihm sei ausdrücklich gesagt worden, Ueberstunden sollten nicht gemacht werden. — Dagegen führte der Kläger aus, er habe die Ueberstunden mit Wissen des Geschäftsführers Adelsheimer, zum Teil auch auf Anordnung eines kaufmännischen Angestellten gemacht. Als er Bezahlung der Ueberstunden beanpruchte, sei ihm gesagt worden, er werde dafür eine angemessene Weihnachtsgratifikation bekommen. Das Weihnachtsfest sei vorübergegangen, aber er habe nichts erhalten. Als er dann wieder verlangte, daß ihm die Ueberstunden, die er nach Weihnachten machte, bezahlt werden, sei ihm in Aussicht gestellt worden, die Firma wolle ihm später die Stellung eines Geschäftsführers übertragen, dann bekäme er ein höheres Gehalt und sei dadurch für die Ueberstunden entschädigt. Nach mehreren Wochen sah der Kläger, daß die Firma gar nicht daran dachte, ihn zum Geschäftsführer zu machen. Nun verlangte er nochmals, daß ihm die Ueberstunden bezahlt würden. Aber aufstößt der Bezahlung erhielt der Kläger keine Entlassung. — Daß ihm der Geschäftsführer und Mitinhaber der Firma, Adelsheimer, eine Weihnachtsgratifikation als Entschädigung für die Ueberstunden versprochen hatte, konnte der Kläger zwar nicht beweisen. Aber es wurde festgestellt, daß die Angestellten im Geschäft, dem Kläger gegenüber davon sprachen, daß ihm eine Weihnachtsgratifikation zugestanden sei. Woher diese Annahme kam, wußte niemand. Nebenbei hat sich der Kläger bis Weihnachten dadurch behalten lassen, Ansehens hat man mit Absicht vermieden, den Kläger zur Leistung von Ueberstunden ausdrücklich anzufordern. Wenn er von seiner Arbeitsstelle aus nach dem Geschäft telephonierte, er werde bis Abend mit der Arbeit nicht fertig, dann bekam er von einem Angestellten, den er für den Geschäftsführer hielt, die ausweichende Antwort: „Machen Sie das wie Sie wollen, aber das Recht muß heute Abend funktionieren.“

Das Gericht sprach dem Kläger 50 Mark zu und wies die Mehrforderung ab mit der Begründung: Das Versprechen einer Weihnachtsgratifikation sei nicht nachgewiesen. Andererseits steht fest, daß der Kläger Ueberstunden gemacht habe, die im Interesse des Geschäfts notwendig gewesen seien. Die Zahl derselben könne nicht festgestellt werden. Für das Gericht können nur die nach Kreuzer gemachten Ueberstunden in Betracht. Dafür sei ein Entgelt von 50 M. angemessen.

Gerichtszeitung.

Gegen das Belagerungsgesetz.

Genosse Triipien wurde am Freitag von der 4. Strafkammer des Stuttgarter Landgerichts wegen eines Verstoßes gegen das Belagerungsgesetz zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Nach dem Urteil hat der Angeklagte eine politische Versammlung ohne Beobachtung einer für eine solche vom Generalkommando des württembergischen Armeekorps erlassenen Verordnung abgehalten. Als straffschärfend sei berücksichtigt, daß der Angeklagte eine Zustimmungserklärung zum Verhalten der die Kriegskredite ablehnenden Abgeordneten beantragt habe.

Gegen das Urteil ist Revision eingelegt. (z)

Anstiftung zur Verletzung einer Protverordnung.

Ein nicht gewöhnlicher Fall von Anstiftung zu einer strafbaren Handlung, nämlich zur Uebertretung einer Protverordnung, beschäftigte das Kammergericht.

Das Schullehrer Seminar in Breußisch-Fleckenland hat ein Internat, in dem die Höflinge voll beschäftigt werden. Die Beschäftigung ist einem Oekonomien übertragen. Eine strenge weitgehende Aufsichtung in Bezug auf die Erfüllung des mit dem Oekonomien geschlossenen Vertrags steht dem Direktor zu. Nach Erlaß der Kreis-Verordnung vom 15. Februar 1915 trat die Geschäftsführerin der Wäderei, wo das Brot im Auftrage der Oekonomien des Internats hergestellt wurde, an die Oekonomien heran und verbot sie auf die veränderten Verhältnisse. Die bisher verlangten Mengen und die bisherige Art der Vordare wäre nicht mehr haltbar. Die Oekonomien wandte sich ihrerseits darauf an den Direktor. Direktor Romberg gab verschiedene Anweisungen und verlangte Votum im Gewichte von 2 Mts. Die Oekonomien teilte es der Geschäftsführerin der Wäderei mit, und diese ließ darauf für das Seminar Brot im Gewichte von 2 Mts herstellen, obwohl die neue Protverordnung ein Einheitsbrot von 1 1/2 Mts vorschrieb. Die Geschäftsführerin der Wäderei machte sich dadurch strafbar und wurde auch wegen Uebertretung der Protverordnung verurteilt. Gegen den Seminar-Direktor Romberg wurde gleichfalls Klage erhoben, und zwar deshalb, weil er einen andern zu einer strafbaren Handlung anstiftet habe. Das Landgericht in Rönitz verurteilte auch den Direktor wegen Anstiftung. Es nahm an, daß er die Vertreterin des in Rede stehenden Wädereimeisters durch das Studium seiner Oekonomien angestiftet habe, unter Ausnutzung des Ansehens, in welchem er als Direktor eines königlichen Seminars stehe. Daß er die Vorschriften über das Einheitsbrot nicht gekannt habe, könne nicht angenommen werden.

Direktor Romberg legte Revision ein. Er machte geltend, eine Verurteilung im Sinne des § 48 des Strafgesetzbuchs (Anstiftung) könne nach dem Wortlaut nur einem andern gegenüber geschehen, aber nicht einem unbestimmten Kreise von Wädereimeistern gegenüber. Er sei selber mit den Lieferanten seiner Oekonomien nichts zu tun gehabt habe, so habe für ihn nur ein unbestimmter Kreis von Lieferanten bestanden. Im übrigen habe seine Anregung auch nur die Bedeutung einer Offerte gehabt.

Kriegstagung zur Erörterung der Kriegsblindenfürsorge.

Die deutschen Blindenanstalten hielten am 25. März im Landeshause der Provinz Brandenburg eine Sondertagung ab zur eingehenden Besprechung der durch die Kriegsblindenfürsorge aufgeworfenen Probleme der Organisation der beruflichen Ausbildung der erblindeten Krieger.

Erstmalig ist, daß die befürchtete Verschleppung von Trachom (einer gefährlichen Bindehautentzündung) vom östlichen Kriegsschauplatz durch Kriegsblinde und russische Gefangene nicht eingetreten ist.

Von besonderem Interesse waren die beiden ausführlichen Referate der Blindenanstaltsdirektoren Merle-Hamburg und Schaidler-München über „Ausbildung und Berufstätigkeit der Kriegsblinden“. Die ausgezeichneten Vorträge von Merle-Hamburg fanden allgemeine Anerkennung und wurden durch die Diskussion mit mancherlei Erfahrungen aus verschiedenen Blindenanstalten und Lazaretten belegt.

Besonders erfreulich ist die oft betonte planmäßige Fürsorge für kriegserblindete Akademiker und Kriegsprüfungsbeamte. Diese sollen ihr Studium fortsetzen können oder ihrem Beruf erhalten bleiben.

Zum Problem der Kriegsblinden-Ehe wurde mit Recht vor über-eilten Heiraten gewarnt und hervorgehoben, daß der mit guter Rente versehene Kriegsblinde aus ökonomischen Gründen oft ein begehrter Heiratskandidat sei.

Die rechtliche Stellung der Kriegsblinden, besonders die Rentenfrage erörterte außerordentlich sachkundig der Landesinhabitus Gerhard-Berlin. Die Kriegrente setzt sich zusammen aus Unfallrente, Versäumlungsrente und Kriegszulage.

In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß Blinde bei zahlreichen Teilarbeiten, in der Schuhmachererei, in der Munitionsfabrik, sogar in Schlossereien und Tischlereien, im kaufmännischen Beruf, als Schreibmaschinenisten, als Telephonisten und sogar in der Landwirtschaft verwendet werden.

Die von großer Sachkenntnis getragenen Beratungen der Tagung werden sicher zur zweckmäßigeren Organisation der Kriegsblindenfürsorge beitragen, und es wäre zu hoffen, daß man hiernach der Lage der Zivilblinden während des Krieges eine gesteigerte Aufmerksamkeit widmen möchte.

Aus Groß-Berlin.

Sparzwang und Berliner Sparkassen.

Die durch § 8 der Bekanntmachung des Oberbefehlshabers über den Sparzwang der Jugendlichen dem Gemeindevorstand zugewiesene Aufgabe ist belamlich dem Vormundschaftsamt der Stadt Berlin übertragen worden. Im übrigen werden die Sparkassen der Stadt Berlin die den öffentlichen Sparkassen durch die vorerwähnte Bekanntmachung zugewiesenen Aufgaben übernehmen.

Vermehrung der Ferienspielplätze.

182 000 M. hat vom Magistrat bewilligt worden für die Unterhaltung der Kinder- und Jugendspielplätze in Blankenfelde, Buch, im Pläntelwald bei Treptow, bei Wartenberg hinter Niederschönhausen, im Grunewald und in Hohenschönhausen. In diesem Jahre soll ein neuer großer Spielplatz in der Wuhlheide hinzukommen, so daß dann acht Außenspielplätze vorhanden sind.

Gaspreiserhöhung.

In der heutigen Stadtverordnetenversammlung steht die Vorlage zur Erhöhung der Gaspreise auf der Tagesordnung.

Mordversuch und Selbstmord.

Ein blutiges Eifersuchtsdrama hat sich gestern nachmittag in der Fabrik von Rig u. Genest in der Geneststr. 6 in Schöneberg abgespielt. Dort hat der Mechaniker Walter Leppien, der bei der genannten Firma beschäftigt war, die dort ebenfalls arbeitende 25jährige Elsa Klobe durch Revolververwundung schwer verletzt und sich dann selbst erschossen.

Leppien, der aus Wittstock stammt und in der Volziger Str. 33 in Berlin wohnt, unterhielt seit Weihnachten vorigen Jahres mit der 25jährigen Arbeiterin Elsa Klobe, die in der Steinmühlstr. 71 wohnt und mit ihm bei der Aktiengesellschaft Rig u. Genest beschäftigt war, ein Liebesverhältnis. Er war sehr eifersüchtig, und da es dieserhalb sehr oft zu Auseinandersetzungen zwischen den jungen Leuten kam, wollte die Klobe sich von L. zurückziehen.

Hundesperre!

Vor einigen Tagen wurde ein kleiner Hund ohne Maulkorb und Steuerkarte nach dem 50. Polizeirevier gebracht mit der Anzeige, daß das Tier auf der Straße ein vierjähriges Mädchen gebissen habe. Der Hund wurde der tierärztlichen Hochschule überwiesen. Hier ist bei ihm Tollwut festgestellt worden.

Der Polizeipräsident hat deshalb über den Stadtkreis Berlin die Hundesperre verhängt.

Im Stadtkreis Berlin müssen sämtliche Hunde in dem Bezirke, der begrenzt wird im Westen durch die Grunewaldstraße und Rosenthaler Straße, im Süden durch die Weinmeisterstraße, Münzstraße und Alexanderstraße, im Osten durch die Brenzlauer Straße und Brenzlauer Allee und im Norden durch die Ringbahn, einschließlich dieser Straße, bis zum 20. Juni d. J. festgelegt (angeleitet oder eingesperrt) werden. Der Festlegung ist das Fahren der mit einem sicheren Maulkorbe versehenen Hunde an der Leine gleich zu achten.

Das städtische Dienstgebäude auf dem Gesundbrunnen in der Badstraße 10/11a und Grünthaler Straße 5 ist vollendet. Es greift dem Gesundbrunnen, der schon mehrere Hoffmannsche Bauten aufweist, zur Seite. Die einfache, höchst wirkungsvolle Fassade mit

ihren kräftigen Säulen beherrscht beide Straßenfronten. Das Innere ist dem früheren Bau angepaßt. Es sind dort untergebracht: die VIII. Pflichtfortbildungsschule für Jünglinge, eine Steueramtsstelle, eine Rettungswache, eine Säuglingsfürsorge, eine Kinderlesehalle, ein Armenamt, eine Fortbildungsschule und mehrere nette Dienstwohnungen. Die Baukosten stellen sich auf rund 1 700 000 Mark.

Fleischschwinbel betreibt seit Monaten ein 28 Jahre alter früherer Theatersekretär Walter Jahns. Der junge Mann, der aus dem Felde entlassen ist, sucht Leute auf, mit denen er früher zu tun hatte, erneuert die alte Bekanntschaft, klagt, daß es ihm schlecht gehe, und weiß es in der Regel so einzurichten, daß er zum Abendbrot eingeladen wird. Dabei bringt er das Gespräch auch auf die Feuerung und erzählt nun, daß er in der Lage sei, billig Fleisch zu beschaffen. Er sei im Felde als Fleischbeschauer ausgebildet worden und habe dadurch gute Verbindungen gewonnen.

Die Reinigung der städtischen Schulen.

Die städtischen Schulen in Berlin wurden früher wegen der Staubgefahr geblutet. Jetzt werden die Klassen mit Nähnadeln und Sägelspanen gereinigt. Diese Reinigung hat sich sehr bewährt und kann daher empfohlen werden.

Sier große Einbrüche wurden in der Nacht zu gestern und heute verübt. Auf dem Grundstück Neue Friedenstr. 47 hat der Holländische Verein für Margarinefabrikation Wahnschaffe, Müller u. Co., G. m. b. H., seine Lagerräume im Keller. Alle Fenster am Hofe sind stark gesichert. Trotzdem drangen vor 8 Tagen schon einmal Diebe mit Gewalt durch ein Fenster ein und stahlen für 600 M. Margarine. In der Nacht zu gestern wiederholten die Einbrecher ihren Versuch, indem sie ein anderes Fenster erbrachen. Jetzt erbeuteten sie für 1800 M. Margarine. Die Ware war verpackt in Kübel, Kisten und Bannern, die alle das Geschäftszichen Wahnschaffe, Müller u. Co. m. b. H., Cleve tragen.

Zulassung von Kraftdroschken mit Sommerverbed.

Der Polizeipräsident von Berlin hat bestimmt, daß Fuhrherren und Gesellschaften ihre erneut zugelassenen Kraftdroschken mit Sommerwagenaufbau und sogen. amerikanischem Verbed (Sommerverbed) in den Monaten April bis einschließlich Oktober d. J. im öffentlichen Fahrbetriebe verwendet werden dürfen, sofern ihnen für die betreffenden Kraftdroschken der Sommerwagenaufbau bereits genehmigt ist. Neue derartige Genehmigungen werden nicht mehr erteilt.

Bedingung für die Verwendung im öffentlichen Fahrbetriebe ist, daß der Platz neben dem Führersitz zur Mitnahme kleinerer Gepäckstücke frei bleibt und daß an der Rückwand des Fahrzeuges zur Mitnahme größerer Gepäckstücke ein Gepäckrost angebracht ist, der im aufgeklappten Zustand mit seiner Unterlante mindestens 0,90 Meter Abstand vom Erdboden hat, eine lichte Breite von 1,10 Meter und eine lichte Tiefe von 0,60 Meter besitzt. Zur Befestigung von Gepäckstücken auf dem Gepäckrost muß eine kräftige Kette mit Schloß mitgeführt werden.

Vor der Inbetriebsetzung sind diese Kraftdroschken dem Verkehrsamt für Prüfung vorzustellen, unter Vorlegung des Droschkenheftes (§ 2 der Droschkenordnung), welcher den amtlichen Vermerk über die bereits ausgeprochene Zulässigkeit der Verwendung der betreffenden Kraftdroschke mit Sommerwagenaufbau enthalten muß.

Das Verkehrsamt ist angewiesen, Kraftdroschken mit Sommerwagenaufbau, die obigen Anforderungen nicht genügen, zum Betriebe nicht zuzulassen bzw. außer Betrieb zu setzen, auch wird bei unberechtigter Verwendung solcher Kraftdroschken strafrechtlich eingeschritten werden.

Krankheit und Arbeitslosigkeit haben den Droschkenkutscher Theodor Müller aus der Müldersdorfer Straße 63 zum Selbstmord veranlaßt. Als er allein war, erhängte er sich in seiner Wohnung. Ein Entel fand ihn abends tot auf.

Vermißt. Sehr in Sorge sind die Angehörigen um das Schicksal des Füßlers Artur Bentling vom 4. Grenadier-Regiment, 12. Komp. Bentling wurde am 19. August 1914 leicht am Kopf verwundet. Seitdem blieben alle Nachrichten nach ihm ergebnislos. Vielleicht kann einer seiner Kameraden Nachricht geben an Friedrich Bentling, Lichtenberg, Kantstr. 11, II.

Aus den Gemeinden.

Etatberatung in Tegel.

Der Etat der Gemeinde wurde in der letzten Sitzung der Gemeindevorstellung endgültig festgestellt. Danach fordert die allgemeine Verwaltung einen Mehraufwand von 26 200 M., darunter 12 000 M. mehr für die Amtsverwaltung (Polizei usw.). An dem Titel Öffentliche Wohltätigkeit und Wohlfahrtspflege sollen 7500 M. erspart werden. Für den Krankenhausbau sind 58 000 M. bis zum 30. Juni d. J. eingestellt. Für Straßen und Wege, besonders im neuen Ortsteil, müssen 4100 M. mehr aufgewendet werden; für die Reparaturen an den Altpflasterstraßen sind allein 80 000 M. jährlich vertraglich an die Unternehmer zu zahlen, da deren Unterhaltungspflicht abgelassen ist. Diesen Mehraufwendungen stehen gegenüber die Ueberschüsse, die beim Wasserwerk 48 700 M. und beim Elektrizitätswerk (zum erstmalig) 2100 M. betragen sollen; dies Gesamtwert hat gegen 1915 weniger glücklich abgeschnitten, hier sind 30 000 M. Mindereinnahme zu verzeichnen; einer Einnahme von 1 079 800 M. stehen 1 041 800 M. Ausgaben gegenüber, mithin ein Ueberschuß von 38 000 M. An Kreissteuern

sind 24 748 M. mehr aufzubringen. Der Gesamtertrag bedarf stellt sich auf 78 000 M. Die indirekten Gemeindesteuern geben kein günstiges Bild; bei der Umsatzsteuer ein Ausfall von 5000 M., bei der Luftfahrtssteuer von 1800 M., Grundsteuer 1700 M., Biersteuer 1000 M., denen 8000 M. mehr aus der Wertzuwachssteuer gegenüberstehen, so daß ein Minus von 4500 M. entsteht. Das steuerliche Gesamtergebnis beläuft sich auf rund 75 000 M., wovon 25 000 M. durch Erhöhung der Gewerbesteuer auf 200 Proz. und 50 000 M. der Einkommensteuer auf 170 Proz. aufgebracht werden müssen. Herr Stritte ging dann noch ausführlich auf die besonders in seiner Abwesenheit verübten Verfehlungen, bei der Erörterung von Gemeindegeldangelegenheiten die Öffentlichkeit ausschließen, des näheren ein und betonte seine schon früher dargelegte Auffassung ganz besonders deutlich für die Beamenschaft in der Verwaltung. Die sehr offenen Ausführungen fanden allseitigen Beifall. Dem vorliegenden Etat wurde darauf allgemein zugestimmt. — Die Schulbediensteten wurden, wie schon früher die Lehrpersonen, ebenfalls von der Krankenversicherungspflicht befreit, da ihnen ihr Gehalt im Erkrankungsfalle weitergezahlt wird. — Schließlich wurde noch ein Antrag der Berliner Wasserwerke auf Genehmigung der Verteilung zur Kreuzung der Bernauer Straße mit einem vorläufig eingeleiteten Kohlentransportgleis mit Pferdebetrieb zugestimmt.

Lebensmittelverkauf in Weissenhof.

Am Donnerstag gelangt in der Verkaufsstelle Viktoriuststr. 24 gepökeltes Lammfleisch das Pfund zu 1,40 und 1,50 zum Verkauf; am gleichen Tage in der Charlottenburger Str. 1 Reis zu 60 Pf. das Pfund. Desgleichen am Freitag und Sonnabend in der Charlottenburger Str. 1 und Berliner Allee 89: Butter und Reis. Eier werden nur in Mengen bis zu 10 Stück abgegeben. Jedes Ei ist mit dem Aufdruck "Kriegsbeim" versehen und kostet 18 Pf. Ein Erwerb der Eier zum Weiterverkauf zu einem höheren Preise ist nicht gestattet. Die Verkaufsstellen sind von 8—12 und 8—7 Uhr geöffnet.

170 Prozent Gemeinde-Einkommensteuer in Niederschönhausen.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde der Etat für 1916 verabschiedet und einstimmig beschlossen, den Gemeindesteuerzuschlag von 140 auf 170 Proz. zu erhöhen. Dann wurde ein Angebot auf Lieferung von 10 Schweinen angenommen. Der Lieferungsverband der Provinz Brandenburg will in der nächsten Zeit ungefähr wöchentlich sieben Schweine liefern. Der Verkauf soll den Schlächtern zu den festgesetzten Höchstpreisen übergeben werden.

Der Anbau von "Kriegskartoffeln" soll auch in diesem Jahre in umfassender Weise gefördert werden. Der Gemeinde stehen im ganzen 88 Morgen Acker zur landwirtschaftlichen Verwertung zur Verfügung, die, soweit noch nicht vergeben, in kleinen Parzellen der minder bemittelten Bevölkerung gegen geringe Entschädigung zum Anbau überlassen werden sollen. Auch die Beschaffung von Saatkartoffeln will die Gemeinde in die Hand nehmen. Reflektanten wollen sich umgehend im Rathaus melden.

Der Kartoffelverkauf der Gemeinde findet bis auf weiteres im Phœnum, Kaiser-Wilhelm-Straße, von 1 bis 5 Uhr statt. Es werden auf die Kartoffelkarte pro Person auf 12 Tage 10 Pfund für 80 Pf. abgegeben.

Für den Verkauf von Milch hat der Gemeindevorstand vom 1. April die Ausgabe von Milchkarten beschlossen.

Danach erhalten 1 Liter täglich: a) Kinder, die nach dem 31. März 1914 geboren sind, soweit sie nicht gestiftet werden; b) stillende Frauen, c) Kranke auf Grund ärztlichen Attestes. Einen halben Liter täglich: Kinder, die zwischen dem 1. April 1902 und dem 31. März 1914 geboren sind. Anträge auf Ausbändigung von Milchkarten sind bei dem zuständigen Brotkommissar von den Interessenten selbst zu stellen. Das Alter der Kinder ist durch Ausweispassiere nachzuweisen.

Vom 1.—7. April erfolgt auch im Rathaus die Ausgabe von Reisarten für Einwohner bis zu 8000 M. Einkommen. Auf jedes Familienmitglied entfällt 1/2 Pf. Der Preis beträgt 80, 40 und 30 Pf. pro Pfund. Der Verkauf erfolgt in den mit roten Plakaten belegten Geschäften. Ebenso werden auch Karten für den Bezug von Erbsen, aber nur an Angehörige der Kriegsteilnehmer, Arbeitslose und Ortsarme bis 8. April abgegeben. Der Preis für das Pfund Erbsen beträgt 86 Pf.

Wahlergebnis.

Nieder-Schönhausen. Bei den vor einigen Tagen stattgefundenen Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung wurden unsere Genossen **Reitmann** und **Woske** mit je 80 Stimmen wiedergewählt. Gegenkandidaten waren nicht aufgestellt.

Städtischer Fleischverkauf in Nichtenberg.

Die Stadt hat einen Vertrag auf Lieferung von wöchentlich 200 Rindern Kinderfrank abgegeschlossen. Dieses Fleisch wird zu folgenden Preisen pro Pfund verkauft: Kopffleisch mit Wade und Herz 1,40 M., Lunge 0,80 M., Leber und Junge 2 M., Euter 0,90 M., Fiedel 1,20 M., Schwänze 1,50 M. und Brägen (Gehirn) 0,70 M.

Der Verkauf erfolgt bis auf weiteres in den vier städtischen Verkaufsstellen: Scharnweberstr. 49: Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 9—1 und 2—8 Uhr; Lirnschmidtstr. 2: Dienstag, Mittwoch, Freitag und Sonnabends von 9—1 und 2—8 Uhr; Magdalenenstr. 14: Montag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabends von 9—1 Uhr; Friedrichstraße 14: Montag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabends von 2—8 Uhr. Eine weitere Verkaufsstelle wird demnächst eröffnet.

Rohrüberfluß.

Zu dieser von uns kürzlich gebrachten Notiz geht uns vom Sanitätsweg Gemeindevorstand nachfolgende Zuschrift zu:

Die hiesigen Kaufleute und Händler sind streng angewiesen, den Einkauf von Schmalz nicht von der Abnahme von Rohrüben abhängig zu machen. In einer Versammlung der hiesigen Kaufleute und Händler hat der Unterzeichnete dieses am Donnerstag, den 23. d. M. nochmals bekannt gegeben. Wie ich festgestellt habe, ist ferner ausgeschlossen, daß vom Rathaus der telephonische Bescheid erteilt worden ist, daß die Kaufleute Schmalz nur dem Kunden verkaufen dürfen, der Rohrüben abnimmt. Richtig ist jedoch, daß den Kaufleuten anheim gegeben worden ist, ihren Kunden zu empfehlen, sich mit Rohrüben einzudecken, da diese Feldfrucht ein ausgezeichnetes Nahrungsmittel als Ersatz für die fehlenden Kartoffeln und, wenn der Vorrat aufgebraucht, bis zum Herbst nicht wieder zu beschaffen sei.

Soweit die Zuschrift. Wir glauben kaum, zu viel gesagt zu haben, als wir mitteilten, daß der Kaufmann den Verkauf von Schmalz von der gleichzeitigen Entnahme von Rohrüben abhängig machte. Ob vom Gemeinderat eine ähnliche Auskunft telephonisch gegeben wurde, wird sich ja wohl kaum einwandfrei feststellen lassen.

Neuordnung des Kartoffelverkaufs in Notawes.

Der von der Gemeinde in der Turnhalle in der Scharnhorststraße eingerichtete Kartoffelverkauf findet für die nächste Zeit nur noch Dienstags, Mittwochs und Freitags von 2—7 Uhr statt. Den Wünschen der Hausfrauen entsprechend, hat die Gemeinde auch größere Posten Kartoffeln an verkündigte Gewerbetreibende zum Weiterverkauf abgegeben. Der Verkauf darf nur an Gemeindeangehörige gegen Vorlegung der Lebensmittelkarte erfolgen, und zwar sollen mehr als 10 Pfund auf einmal nicht abgegeben werden. Sehr zweckmäßig wäre die Kennzeichnung derjenigen Geschäfte, die die von der Gemeinde gelieferten Kartoffeln verkaufen, durch ein am Schaufenster zu befestigendes Plakat.

Die Gemeinde hat den Verkaufspreis der von ihr beschafften Eier jetzt auf 20 Pf. für 2 Stück festgesetzt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 2, IV. 202 rechts, portofrei, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Quittstabe und eine Zahl als Briefzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenbescheinigung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Besräge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

W. 3000. Die Tochter ist erbberechtigt. Sie kann aber durch Testament als Nacherbe eingesetzt werden; das heißt, es kann durch Testament bestimmt werden, daß die Frau zunächst Erbin ist und erst nach deren Tode der noch vorhandene Nachlaß der Tochter zufällt. — **W. 47.** Sie sind wegen Dingenlebens zurückgestellt und werden später nochmals gemustert. — **W. 3. Illerthal.** Die Militärinvalidenrente wird Ihnen von der Rentenkasse gezahlt, nicht von der Landesversicherungsanstalt. Ihre zweite Anfrage verstehen wir nicht, da Sie doch selbst die Höhe beider Renten angegeben haben. — **W. 100.** Der Verbleib der Frau hat keinen Einfluß auf die Rente. Kündigung kann, wenn der Mann im Kriege gefallen ist, auf Grund der Bundesratsverordnung vom 9. Oktober 1915 bis zum 3. April bis zum 1. Juli erfolgen. — **W. 3. 40.** 1. und 2. Ja. 3. Nein. — **W. 7.** Wenn Kinder nicht vorhanden sind, so ist die Mutter pflichterbtlich. Sie kann daher das Testament ansetzen. — **W. 95.** Sie müssen sich zur Kontrollerhebung melden. — **W. G. 100.** Eine solche Erklärung muß notariell oder gerichtl. beglaubigt werden. Sie muß enthalten die Einwilligung der Ehefrau, des

Vormundes und ihrer Person zur Namensänderung des Kindes. Diese Urkunde muß bei dem Standesamt, in dessen Standesregister die Geburt des Kindes eingetragen ist, mit dem Antrag auf Namensänderung eingereicht werden. — **G. 2. 53.** Sie sind an den Vertrag gebunden. Sie können höchstens unter Vorlegung dieser besonderen Umstände auf Lösung des Vertrages beim Amtsgericht klagen. — **W. 22.** Wenn Sie selbst das Anstellungsverhältnis gelöst haben, haben Sie keinen Anspruch auf Rückzahlung des Gehalts. — **W. 2. 1.** Ja, wenn Bedürftigkeit vorliegt. 2. Nein, da in diesem Falle Bedürftigkeit schon nicht als vorliegend erachtet wird. — **G. 2. 100.** Sie sind zur Leistung an beide Klassen verpflichtet. — **Heberzeugung.** Wir würden Ihnen eine Anfrage beim Bezirkskommando empfehlen. Eine bildliche Übersetzung dürfte erfolgen. In diesem Falle ist damit aber wohl nicht zu rechnen. — **W. 2.** Verband der Gakwirksgehilfen, Berlin N., Kloster Straße 88, Aufgang B. III. — **W. 3.** Gendarmen-Brigade III, Charlottenburg, Dahlmannstr. 26. — **W. 10.** Ohne Angabe des bestimmten Zwecks ist Nachweisung nicht möglich. — **W. 1.** Um besten werden Sie sich mit Ihrem Vorhaben an den Verband der Handlungsgehilfen, Wilmstr. 20 II. 2. Sehr niedrig. — **St. 100.** Rotes Kreuz, Warfengasse 40, Nationaler Frauenklub, Alt. Roabit 38. — **G. 2. 1891.** Der Antrag auf Kriegseidengeld muß beim zuständigen Polizeikommissar eingereicht werden. Wenn Sie sich eventuell bei der Stellung des Antrages auf die vom Standesamt Dr. Heisterich gemachten Aussagen im Haushaltungsamt des Reichstages. — **W. 6.** 1. Das Testament ist in der von Ihnen abgesehenen Form richtig. 2. Nein. 3. Die Hinterlegung braucht nicht beim Amtsgericht zu erfolgen. Das Testament kann auch im Hause aufbewahrt werden. 4. Das uneheliche Kind hat keinen Erbanspruch an den Nachlaß des Vaters, nur an den der Mutter. Die von Ihnen vorgesehene Erklärung der Vaterlosigkeit ist aber rechtswirksam und Sie sind zum Unterhalt des Kindes bis zum 16. Jahre auf jeden Fall verpflichtet. Vom Erbteil könnte eventuell der Unterhaltsbeitrag für diese Zeit sichergestellt werden.



Denkt an uns
sendet

Galem Aleikum Galem Gold

Zigaretten

Willkommenste Liebesgabe!

Preis Nr. 3 1/2 4 5 6 8 10
3 1/2 4 5 6 8 10 Pfg. d. Stck.

20 Stck. feldpostmässig verpackt portofrei!
50 Stck. feldpostmässig verpackt 10 Pf. Porto!

Orient. Tabak- u. Zigarettenfabr. Yenidze, Dresden
Jnh. Hugo Zietz, Hoflieferant S. M. Königs v. Sachsen

Trustfrei!

Leipzigerstrasse
Alexanderplatz
Frankfurter Allee

HERMANN

Leipzigerstrasse
Alexanderplatz
Frankfurter Allee

Donnerstag
Soweit Vorrat

Billige Lebensmittel

Fische und Fleisch
nur Leipziger Strasse
und Alexanderplatz

Konserven

1/4 Dose 1/2 Dose	1/4 Dose 1/2 Dose
Riesentangenspargel 2 ²⁵ 1 ¹⁸	Brechspargel mittel. 1 ⁴⁰ 75 Pf.
Stangensparg. extra stark 1 ⁸⁵ 98 Pf.	Brechspargel extra 1 ¹⁰ —
Stangensparg. sehr stark 1 ⁷⁵ 93 Pf.	Brechspargel ohne Knochen 53 Pf.
Stangensparg. stark 1 ⁸⁵ 88 Pf.	Junge Erbsen fein. 1 ³⁵ —
Stangensparg. mittelstark 1 ⁵⁵ —	Junge Karotten extra klein 95 Pf. —
Stangensparg. schwach 1 ⁴⁰ 75 Pf.	Weißkohl 55 Pf. —
Stangensparg. extra 1 ²⁵ 68 Pf.	Sellerie 75 Pf. —
Riesenbrechsparg. 1 ⁷⁵ 98 Pf.	Steinpilze 1 ⁵⁰ —
Brechspargel extra stark 1 ⁶⁵ 88 Pf.	Rote Rüben 52 Pf. —
Brechspargel stark 1 ⁵⁵ 83 Pf.	Apfelsinen 85 Pf. 48 Pf.

Obst und Gemüse

Apfelsinen Pfund 45 M.	Junge Gurken Stück 50, 60 Pf.
Zitronen Dutzend 58, 70 M.	Zwiebeln Pfund 45 Pf.
Boscop-Aepfel Pfund 45 Pf.	Kohlrüben Pfund 5 M.
Kochäpfel Pfund 35 Pf.	Rote Rüben 3 Pfund 50 Pf.
Datteln Pfund 1.00	Mohrrüben 2 Pfund 35 Pf.
Feigen Pfund 80 Pf.	Sellerie Knolle 35 Pf.
Daugermaronen gr., Pfd. 45 Pf.	Rhabarber Bund 12, 15 Pf.
Junger Spinat Pfund 40 Pf.	Rabunzen Pfund 50 Pf.
Kopfsalat grosser, 2 Kopf 25 Pf.	Schnittlauch i. Topf 30 Pf.

Fleisch

Schmorfleisch 2 ⁴⁰
Roastbeef mit Knochen 2 ⁴⁰
Rinderkamm 2 ²⁰
Querrippe Pf. 2 ³⁰
Kalbskeulen Pf. 2 ⁰⁰
Kalbsnier.-Brat. 2 ⁰⁰
Kalbsvorderfl. 2 ⁰⁰
Kalbshaxe Pf. 1 ²⁰
Hammelfleisch 2 ⁵⁰
Pökelfrust Pf. 2 ⁵⁰

Käse

Holländer Käse vollfett Pf. 2 ⁴⁰
Holländer Käse Pf. 2 ⁰⁰
Edamer Käse Pf. 2 ⁴⁰

Fische

Scholl., Goldbarsch Pf. 50 Pf.
Norw. Wels 1. Gattung, ohne Kopf Pfund 50 Pf.
Schellf. er. Lengi 1. G. ohne Kopf Pf. 55 Pf.
Kabeljau im Ganzen, ohne Kopf Pfund 60 Pf.
Austernfisch 1. Gattung, Pfund 60 Pf.
Klippfisch Pfund 65 Pf.
Salzhering mittelgroß, Stck 15 Pf.
Salzhering zum Kochen 10 St. 35, 55 Pf.
Salefisch 1. Gattung, Pfund 40, 45, 50 Pf.
Leb. Plötzen Pfund 66 Pf.

Räucherwaren

Makrelbücklinge Stück 35 Pf.
Fleckheringe Stück 35 Pf.
Sprottbücklinge 1/2 Pfund 60 Pf.
Kieler Bücklinge 2 Stück 35 Pf.
Kieler Schliebückl. 2 Stück 55 Pf.
Pomm. Sprotten 1/4 Pf. 55 Pf.
Seehasen 1/4 Pf. 1 ²⁵
Heilbutt-Filets 1/4 Pf. 1 ²⁰
Sardinen Dose 55, 80 Pf.
Hering in Gelee 1. Pfund-Dose 90 Pf.

Geflügel

Tauben Stück 1 ¹⁵	Brathühner Pfund 2 ⁵⁰
Gänse Pfund 2 ²⁰	la Schneehuhn 2 ⁸⁵ 2 ⁶⁰
Suppenhühner Pfund 2 ³⁰	

Nordische Wildenten 175

(Alte) Stück